

## Der Vierfrontenkrieg des Slobodan Milosevic: Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Zerfall

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oschlies, W. (1999). *Der Vierfrontenkrieg des Slobodan Milosevic: Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Zerfall*. (Berichte / BIOst, 18-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44030>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einführung: Bundesrepublik Jugoslawien – inexistente Realität?.....	5
2. Vorgezeichnete Aggressivität, vorbestimmtes Ende.....	8
3. Alleinschuldiges Serbien? .....	11
4. Kosovo: Kampfplatz serbischer Nationalisten von rechts und links.....	14
5. Zwischenbilanz: "Sieger" und Sieger.....	20
6. Montenegro: (k)eine "interne Angelegenheit" Serbiens? .....	23
7. Sandžak und Vojvodina: Konflikte im Wartestand?.....	29
8. Zusammenfassende Schlußbemerkung .....	36
Summary .....	39

30. April 1999



**Wolf Oschlies**

## **Der Vierfrontenkrieg des Slobodan Milošević**

Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Zerfall

Bericht des BIOst Nr. 18/1999

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die allgemeine Konzentration auf die Vorgänge im Kosovo, insbesondere seit Beginn der NATO-Luftschläge auf serbische Militär-, Versorgungs- und Kommunikationsanlagen, hat deutlich den Blick dafür verstellt, daß dieser Konfliktherd für Slobodan Milošević, Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, nicht der einzige ist – eventuell nicht einmal der wichtigste.

Milošević läßt seit Jahren mehrere Konflikte eskalieren und treibt sie im Frühjahr 1999 einer gewaltsamen Lösung zu; im Grunde führt er einen Mehr-Fronten-Krieg – gegen die Albaner im Kosovo, gegen nationale Minderheiten in der Vojvodina und im Sandžak, gegen Montenegro, den Partner in der Föderation, und gegen alle Serben, die er maximaler wirtschaftlicher Not und schwerstem geistigen Druck aussetzt.

Diese "Kriege" haben ihn politisch so in die Ausweglosigkeit manövriert, daß er aus der gegenwärtigen Situation, da seit Ende März 1999 die stärkste Militärallianz der Geschichte ihre Bomber gegen ihn ausschickt, sogar noch den kurzfristigen Gewinn einer politischen Festigung seiner persönlichen Macht zieht. Die von der internationalen Gemeinschaft gegen sein Regime angelegte militärische Zwangsaktion wird von den Menschen als *Aggression gegen Serbien* empfunden und mit einem Loyalitätsschub für den Präsidenten (auch von denen, die ihm grundsätzlich entgegenstehen) beantwortet.

#### *Ergebnisse*

1. Die Bundesrepublik Jugoslawien entstand 1992 ohne ausreichende legale Basis, so daß sie streng genommen völkerrechtlich nicht existiert. Auch ohne einen solchen "Geburtsfehler" wäre spätestens 1999 fraglich, wie lange dieser Bundesstaat die desintegrierende Politik Miloševićs noch aushalten kann. In *Serbien* bevorzugt sie Macht vor Entwicklung, was zu einem katastrophalen sozioökonomischen Niedergang führte. In *Montenegro* setzt sie Einfluß vor Partnerschaft, was die Kohäsion der beiden föderalen Einheiten in konfliktträchtiger Weise belastet. Im Kosovo plaziert sie populistische Mythen vor Frieden und machte sich damit die internationale Gemeinschaft zum Feind. In der *Vojvodina* und im *Sandžak* rangiert schließlich ethnisch serbische Dominanz vor

Koexistenz, wodurch multiethnische Gemeinschaftstradition (bzw. die Zukunftschance zu dieser) ohne Not und Nutzen gestört wird.

2. Bei allen diesen Fehlentwicklungen zeigt sich Milošević als treuer Nachfolger altkommunistischer Prinzipien und Methoden, Ethnizität über Demokratie und Volksgruppenrechte über Menschenrechte zu stellen: Der Konflikt mit Montenegro, der Krieg in Kosovo und die Repression in der Vojvodina werden politisch-propagandistisch so hingestellt, als wären sie zum Erhalt von Serbiens *Staatlichkeit*, *Souveränität* und *Integrität* unvermeidlich und würden nach glücklichem Ausgang ein besseres, stabiles und prosperierendes Serbien entstehen lassen.
3. Tatsächlich geht es Milošević allein darum, die eigene Machtposition dadurch zu festigen, daß beschworene Feindbilder und provozierte Friktionen die ethnische Kohäsion verstärken. Dabei steigt die Militanz des Regimes, obwohl die strittigen Regionen faktisch längst aufgegeben wurden (Kosovo), und die Belgrader Machthaber ahnen, daß ihr erzielter Positionsgewinn von sehr begrenztem zeitlichen Bestand ist: Was wird aus Milošević, wenn seine jahrelangen Fehler und bewußten Versäumnisse nicht mehr durch die "Aggression" der NATO-"Verbrecher" überdeckt werden?
4. Neben der staatlichen, regionalen und ethnischen Desintegration der BR Jugoslawien betreibt Milošević diese in weiteren Feldern: Die Wirtschaftspolitik des Regimes wird seit zehn Jahren von Experten als "Diebstahl" an der Bevölkerung bezeichnet – Inflation, Hyperinflation, "Enteignung" von rund 6,6 Milliarden DM Devisen-Sparguthaben, allgemeine Verarmung, ja Verelendung. Strenge Zensurgesetze bewirken eine Informationsblockade der Öffentlichkeit, die kurzfristig dem Regime nützt, nach erfolgter "Deblockade" der Medien mittelfristig jedoch einen Rückschlag für die Urheber bewirken müßte. Die neue Vergatterung der Hochschulen auf politische Loyalität zum Regime bringt urbane Intellektuellenschichten gegen dieses auf und fördert den seit Jahren spürbaren "brain drain", also die Abwanderung ins Ausland, die Serbien bereits Zehn- und Hunderttausende seiner besten Köpfe gekostet hat. Eine ungeschickte, wiewohl inflationsbedingte Preispolitik des Regimes in der Landwirtschaft – minimale Anhebung der Aufkaufpreise bei Verdoppelung der Kosten für Treibstoffe, Kunstdünger etc. – ist geeignet, ihm über kurz oder lang seine bislang stärkste Stütze, das agrarische Landvolk, zu entfremden.

## 1. Einführung: Bundesrepublik Jugoslawien – inexistente Realität?

Außer einigem sprachlichen Wirrwarr – "Ex-Jugoslawien" und/oder "Rest-Jugoslawien" – hat die Vereinigung Serbiens und Montenegros zu einer neuen Föderation im Ausland kaum Wiederhall erregt. Die Bundesrepublik Jugoslawien (BR YU) entstand am 27. April 1992 durch die parlamentarische Annahme eines entsprechenden Verfassungsgesetzes, durch das sich die Republiken Serbien und Montenegro zu dem neuen Staatenbund vereinigten. Die Geburt des "dritten Jugoslawien" (*treća Jugoslavija*) erfolgte unter grotesken Umständen, die die Frage nach einer (möglichen) *Desintegration* des "dritten" Jugoslawien (nach dem "ersten" königlichen zwischen den Weltkriegen und dem "zweiten" von Tito geprägten 1944-1992) eigentlich verbieten – weil niemals eine rechtsgültige *Integration* erfolgte: Eine Minderheit der Abgeordneten einer Kammer (73 von 220 Abgeordneten des *Bundesrates*) eines Parlaments, dessen Mandat abgelaufen war (gewählt 1986) und das einen bereits inexistenten Staat repräsentierte (Skupština der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, wobei dieser Staat spätestens nach der drei Monate zuvor erfolgten internationalen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens nicht mehr bestand<sup>1</sup>), verabschiedete die neue Verfassung, die kaum noch ins politische Ideenspektrum paßte. Die *Serbische Erneuerungsbewegung* (SPO, Vuk Drašković) war für die Wiedereinführung der Monarchie, die *Radikalen* (SRS, Vojislav Šešelj) traten für einen *unitaristischen* Staat ein, andere wollten eine *regionale* Föderation ("mit einigen staatlichen Prärogativen für Montenegro") – nur die regierenden *Sozialisten* (SPS, Slobodan Milošević) votierten für eine "starke Föderation", die sie danach jedoch so inkonsequent implementierten, daß sich der Bundesstaat wie ein "Staatsprovisorium" ausnahm.<sup>2</sup>

Wenn man so will, war die "jugoslawische" Föderation im Zeitpunkt ihrer Entstehung ein getreues Abbild der herrschenden Verfassungs-Verwirrung, die 1989-1991 in Jugoslawien und seinen Teilrepubliken herrschte: Die SFRJ-Verfassung hatte zwar die *führende Rolle des Bundes der Kommunisten* (SKJ) gestrichen, der Wirtschaft aber "sozialistische" Strukturen und Normen verordnet; Pluralismus war nirgendwo vorgesehen, war aber faktische Norm; gleichfalls enthielt diese Verfassung Bestimmungen über "autonome Einheiten", die nur in Serbien bestehen sollten, dort aber durch die serbische Verfassung faktisch bereits auf den Status rein territorialer Autonomie reduziert worden waren; Kroatien besaß diese Möglichkeit nicht, praktizierte sie aber 1990/91 mit dem *Statut des Serbischen Autonomen Gebiets Krajina*, während Slowenien seit seiner Unabhängigkeitserklärung vom 2. Juli 1990 an der ganzen SFRJ-Verfassung nur noch die Passagen interessierten, die ihm einen irreversiblen Austritt aus Jugoslawien erlaubten.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Detailliert Janez Janša: Die Entstehung des slowenischen Staates 1988-1992 – Der Zerfall Jugoslawiens, Klagenfurt/Ljubljana/ Wien 1994.

<sup>2</sup> Milan Milošević: Čerace se još, in: Vreme, 30.5.1998, S. 22-25.

<sup>3</sup> Liljana Slavnić: Povelja YU raspada, in: Intervju, 1.3.1991, S. 31-35.



Die in Serbien anfänglich von SPO und Demokraten (DS) für die Konstituierung der BR YU geforderte *Verfassungsgebende Versammlung* wurde niemals auch nur diskutiert, geschweige denn einberufen – die neue Staatenbund ebenso stillschweigend akzeptiert. Aber die chaotischen Anfänge wirkten störend weiter, denn "in diesem Staat bekommt jeder politische Streit den Charakter einer Staatskrise". Nach Ansicht der Juristin Vesna Rakić-Vodinelić könne keine Rede davon sein, daß dieser Staat jemals geschaffen wurde, vielmehr müsse man von einer unzulässigen Staatsimprovisation sprechen. Zum Beweis könne die Person Milošević herangezogen werden: Solange der serbischer Präsident war, blieb die Position des *Bundespräsidenten* blaß und unbedeutend – kaum wechselte Milošević ins Bundespräsidialamt, trat eine diametrale Umkehr ein. Jetzt konnte Milošević eine fast unumschränkte persönliche Macht in demokratisch-föderaler Bemäntelung ausüben, die aber so formal und substanzlos blieb, daß die ganze BR YU faktisch nur noch im Maße des Mißbrauchs ihrer Strukturen, Institutionen und Rechtsakte auszumachen ist.<sup>4</sup>

Der institutionellen Willkür entsprach eine konstitutionelle Desorientierung. Die *drei* Verfassungen waren nacheinander entstanden, was natürlich gewichtige Differenzen in Geist und Willen bedingte: Das *serbische* Grundgesetz war älter und konservativer als das *föderale*, das *montenegrinische* jünger und mit unverkennbarem Blick auf dieses erstellt worden. Das heißt, daß es *drei* konträre Auffassungen der Verteilung von Kompetenzen und von Legitimität gibt, die auf differierenden Machtverhältnissen basieren. Serbien und Montenegro haben im Grunde Verfassungen *souveräner* Staaten, die der Föderation lediglich die Souveränität in der Entscheidung über Krieg oder Frieden überlassen und das Recht, internationale Verträge zu schließen – dieses nicht einmal zur Gänze: Wenn Montenegro z.B. wollte und die Möglichkeit bekäme, könnte es ganz verfassungskonform mit der EU einen Vertrag über seinen Beitritt zu dieser und über die Eröffnung einer montenegrinischen *Vertretung* in Brüssel schließen.<sup>5</sup> Oder ganz konkret: Am 12. April 1999 faßte das Parlament der BR YU einen Beschluß zum Beitritt zur Union Rußland-Belarus, auf den das Russische Parlament (Gos/udarstvennaja/ дума) eine Woche später mehrheitlich (293 gegen 54 Abgeordnete) mit seinem Beschluß "Über den Anschluß der Bundesrepublik Jugoslawien zur Union Rußlands und Belarus" antwortete.<sup>6</sup> Montenegro bestreitet dem Bundesparlament jegliche Legitimität, wird also diesen Anschluß nicht mittragen. Warum hat Serbien seinen Beitritt dennoch unter föderaler Maske vollzogen? Nach russischer Ansicht handelte es sich um einen "Deal" unter dogmatischen Linken zum beiderseitigen Machtgewinn, ohne Blick auf die Folgen: Wenn Milošević, um sein Regime zu retten, in die Union drängt, und wenn ihm russische Kommunisten den Weg dorthin ebnen, dann kann das nur um den Preis eines "Zerfalls der jugoslawischen Föderation geschehen".<sup>7</sup> Nach serbischer Meinung war die Angelegenheit ein durchsichtiger Trick Miloševićs, Rußland gegen die NATO auszuspielen. Wie Vuk Drašković, Vizepremier der BR YU, in seinem mittlerweile berühmten Interview vom

---

<sup>4</sup> Ebd. S. 24.

<sup>5</sup> Miodrag Vuković: Sirova sila, in: Vreme, 28.11.1998, S. 11.

<sup>6</sup> Aleksandr Sadčikov: Slavjanskij bazar, in: Izvestija (Moskau), 17.4.1999, S. 1.

<sup>7</sup> Georgij Bovt, Andrej Smirnov: KPRF razvalila Jugoslaviju, in: Segodnja, 13.4.1999, S. 1 und 3.

Wochenende des 24./25. April 1999 sagte, "wurde dieser Beschluß vom Bundesparlament in Eile gefaßt. Selbst wenn es eine endgültige Bestätigung dieser Union gäbe, wäre Rußland dennoch nicht verpflichtet, einen Konflikt mit der NATO zu beginnen".<sup>8</sup>

Die serbisch-montenegrinische Gegenwart bietet eben konstitutionelle (Un)Möglichkeiten in verwirrender Fülle. Nur wollen beide Verfassungen, die serbische und die montenegrinische, nicht zusammenpassen, folglich auch keinen Bundesstaat mit eigener, dritter Verfassung zulassen – nach Ansicht des Belgrader Politologen Ilija Vujačić müßte, wer Serbien und Montenegro föderieren wollte, bei Null beginnen. Das wollen wenige und niemand kann es. In den ersten Jahren der BR YU wurden die Probleme durch die bestehende Übereinstimmung der politischen Eliten überdeckt: Zwischen Milošević und seinen politischen "Ziehsöhnen" in Montenegro, Momir Bulatović und Milo Đukanović, herrschte politische Eintracht, und damit gab es auch zwischen beiden Republiken keine Probleme. Mit den montenegrinischen Präsidentenwahlen von 1997 war diese Übereinstimmung am Ende. Politisch gesehen, prallten dabei zwei montenegrinische *Oligarchien*, d.h. differenzierende Konzeptionen bzw. Anhang von Bulatović und Đukanović miteinander und mit dem serbischen *Monolithismus* des Milošević zusammen, was je länger, je mehr zu einem auf serbischer Seite irrationalen Kampf auf Biegen und Brechen führte. Die dabei verwendeten Mittel – serbischer Druck versus montenegrinische Verweigerung – werden um so gewalttätiger, als Belgrad bislang noch das letzte Gewaltmittel aus Angst vor internationalen Verwicklungen vermeidet, nämlich die militärische Okkupation Montenegros.<sup>9</sup>

Mit anderen Worten: Im rechtlichen Sinne gibt es keine BR YU – aber politisch könnte das, was dafür ausgegeben wird, in endlosen und eskalierenden Friktionen Belgrad – Podgorica (Titograd) versanden, in einem Krieg enden oder zu einem Bürgerkrieg in Montenegro führen. Und selbst wenn es das ganze Problem *nicht* gäbe, wäre nichts gewonnen, denn das Milošević-Regime hat genügend Möglichkeiten, seine zerstörerische Energie auszuleben – sagte der regimekritische Journalist Ljubomir Simović:

Wie sich die Dinge bei uns entwickeln, ließ manches erwarten. Mich können kein Übel und keine Dummheit mehr überraschen. Das Regime wird um so repressiver, je länger die Liste seiner Niederlagen wird. Je machtloser es wird, desto mehr stützt es sich auf Gewalt. Gewalt ist das einzige, was ihm noch geblieben ist. Mit diesen Gesetzen, mit diesem Rechtssystem und schon gar mit dieser Opposition sehe ich nicht, wie man alles wenden könnte. Falls wir warten, bis sich das Regime von selber auflöst, dann fürchte ich, daß wir vor dessen Zerstörung unser eigenes Ende erwarten werden.<sup>10</sup>

Diese gewalttätige Natur des Milošević-Regimes zeigt sich nicht nur im Umgang mit dem nominell gleichwertigen Partner in der Föderation; noch krasser tritt sie in den serbischen Landesteilen zutage, die nominell *autonom* sind – Kosovo, Vojvodina, Sandžak –, tatsächlich aber wie zweitrangige Kolonien Serbiens behandelt werden. Im Grunde führt Milošević einen "Mehrfrentenkrieg": erstens einen ethnischen Vertreibungskrieg im Kosovo, der ihm das

---

<sup>8</sup> Bericht mit längeren Zitaten in: Vesti, 27.4.1999, S. 7.

<sup>9</sup> Milošević, Čeraće se... a.a.O., S. 25.

<sup>10</sup> Zit. n. Evropljanin (Podgorica) Nr. 20, 18.-31.3.1999, S. 11.

stärkste Militärbündnis der Geschichte, die NATO, zum Feind gemacht hat; zweitens einen machtpolitischen Verdrängungskrieg gegen Montenegro; drittens einen nationalistischen Dominanzkrieg in der Vojvodina und im Sandžak; viertens einen geistigen und materiellen Aus-hungerungskrieg gegen die eigene Bevölkerung.

## 2. Vorgezeichnete Aggressivität, vorbestimmtes Ende

Das "dritte Jugoslawien" war für sich genommen das letztendliche Verlegenheitsresultat einer vorhergegangenen und umfassenderen Desintegration der *Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien* (SFRJ). Unter ökonomischem Aspekt war das Zerbrechen dieses Staates für alle seine Teile (und Nachfolgerstaaten) eine (mehr oder minder große) Katastrophe: Kein einziger konnte auch nur seinen bisherigen Standard halten, geschweige denn seine (vermeintlichen) Stärken entwickeln und potenzieren,<sup>11</sup> und zumindest Serbien zeigt so viele Indikatoren rapider wirtschaftlicher Verschlechterung, daß es wohl auf einen Staatsbankrott zutreibt. Was einmal Jugoslawien war, macht seit rund zehn Jahren den Eindruck, als wollten alle seine Nachfolgestaaten Tito widerlegen, der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 in einer Rede das Bild einer konfliktfreien, zu wechselseitiger Prosperität führenden Multiethnizität in Jugoslawien entwarf:

Es wird keinem Serben ein Schaden entstehen, wenn die Kroaten Herr im eigenen Haus sind (gospodari na svome). Es wird keinem Slowenen schaden, wenn die Kroaten Herr im eigenen Haus sind. Es wird keinem Kroaten schaden, wenn die Serben absolute Hausherrn dort sind, wo sie leben, d.h. im eigenen Haus. Niemandem wird ein Schaden entstehen, denn wir Jugoslawen bilden keine Grenzen, die trennen und die Bildung neuer Staaten markieren, sondern wir verfügen Teilungen nur, um die nationale Frage zu lösen, die im alten Jugoslawien nicht gelöst worden war, und damit sich die Völker absolut entwickeln und kulturell und politisch vereinigen können. Und das machen wir so, daß niemand auf den anderen Druck ausübt, sondern daß die Entwicklung und der Fortschritt von jedem sich positiv auf die übrigen Völker auswirkt, die Völker der übrigen föderalen Einheiten. Und alle sind wir gemeinsam Jugoslawen. So wollen wir das, keineswegs um eine Menge von Zwergstaaten zu schaffen.<sup>12</sup>

Diese Perspektive war einfach zu schön, um wahr zu sein. Sie konnte auch niemals wahr werden, vielmehr sind alle ex-jugoslawischen Konflikte und Kriege auf ideologisch prädestinierte Fehlentwicklungen in jüngerer Vergangenheit zurückzuführen. Die Ursachen hatte man in Jugoslawien nie, die Symptome hingegen recht früh erkannt: 1964, knapp zwei Jahrzehnte nach Titos (zitierter) Rede, beschrieb der SKJ-Spitzenfunktionär und Wirtschaftstheoretiker Vladimir Bakarić halb ironisch, halb ernsthaft jenes kleinliche Gezänk, das unter den "sozialistischen Bruderrepubliken" des alten Jugoslawien längst die Norm war:

Ich habe daheim Haufen über Haufen Material, aus denen etwa folgendes hervorgeht: Belgrad hat das und das, und Zagreb hat es nicht, zudem hat die Föderation manche Republiken durch niedrige Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse geschädigt, weil das anderen Republiken eine hohe Akkumulation von Kapital erlaubte, und eine andere Republik wurde durch niedrige

<sup>11</sup> Detailliert Wolf Oschlies: Ex-Jugoslawien '95 – Politisch-ökonomische Porträts der sechs Nachfolgestaaten, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 54/1995.

<sup>12</sup> Zit. n. Stipe Šušar: Svi naši nacionalizmi (Alle unsere Nationalismen), Valjevo 1986, S. 7.

Preise für Rohstoffe und Repromaterialien geschädigt. (...) Alle bestürmen wir die Föderationen mit Berechnungen, wer wieviel in letzter Zeit geschädigt wurde, so daß sich die Frage erhebt: Wer hat eigentlich einen Gewinn von Jugoslawien, wenn wir alle 'bestohlen' werden.<sup>13</sup>

Wiederum ein paar Jahre später war Einsichtigen die Ironie vergangen, vielmehr waren alle Schrecken, Fronten, Kriegsziele und propagandistischen "Argumente", die seit 1990/91 die ex-jugoslawische Realität bestimmten, schon Jahrzehnte vor den kriegerischen Ereignissen mit Händen zu greifen. Bereits 1972 schrieb z.B. der kroatische Soziologe Stipe Šuvar die nachfolgenden Sätze, die sich wie eine prophetische Antizipation des späteren Chaos lesen:

(...) eine der typischen Reaktionen des kroatischen Nationalismus ist, daß er die höhere Kultur der kroatischen Nation im Vergleich zu umgebenden kleineren oder größeren Nationen herausstreicht. Würden wir das analysieren, dann sähen wir, daß es eine Lüge, ein Stereotyp, ein Mythos ist. Ebenso ist dem serbischen Nationalismus, seit er besteht, zueigen, daß er die Serben als heldisches, tapferes, unbesiegbares Volk herausstellt. Den kroatischen Nationalisten dient also die Kultur als Kompensation, den serbischen das Waffengeklirr. (...) Ein Nationalismus ist immer daran leicht zu erkennen, daß in ihm eine Aggressivität gegen andere Völker eingebaut ist. (...) Der serbische Nationalismus will ein Groß-Serbien und ruft dafür alle Serben zusammen, und die Grenzen seines erträumten Staates zieht er so, daß Makedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina als ohnehin serbische Länder vereinnahmt werden (...) Der kroatische Nationalismus wartet wiederum mit Thesen auf, daß die Slowenen Alpen-Kroaten sind, die Muslime Dialekt-Kroaten, die Serben bis zur Drina orthodoxe Kroaten und die Montenegriner Ost-Kroaten sind.<sup>14</sup>

Wie konnte Jugoslawien, das doch vielfach als das Modell einer geglückten Lösung interethnischer Konflikte galt, solche Untiefen offenbaren? Ende 1943 hatten Tito und die gesamte Partisanenführung im bosnischen Jajce eine grundlegende Neuordnung von Nachkriegs-Jugoslawien beschlossen<sup>15</sup>: Eine *Föderation* sollte es werden, zusammengefügt aus nationalen Republiken – die Slowenen bekamen ihre *Republik Slowenien* und so fort bis zur *Republik Makedonien* für die Makedonen. Als man an die Realisierung dieses Beschlusses ging, stellten sich augenblicklich Konflikte ein (wie sich Milovan Đilas später erinnerte): In Bosnien, wo die Einwohner ethnisch seit jeher in Muslime (ca. 50%), Serben (ca. 30%), Kroaten (ca. 17%) und andere geteilt waren, konnte man keine dominierende Titularnation finden, der eine eigene Republik gegeben werden konnte, ergo sollte Bosnien nur eine Autonomie bekommen. Die Bosnier, berühmte *tvrde glave* (Hartköpfe), sahen das überhaupt nicht ein, erschienen in Belgrad und sorgten wochenlang für hörenswerte Kräche: Was andere könnten, könnten sie auch, wie ihre ganze Geschichte bewiese, und Autonomie hieße doch wohl, daß sie einer anderen *Republik* zugeschlagen würden; dafür kämen nur Serbien oder Kroatien in Betracht, womit die seit altersher unversöhnlichen Kampfahne

<sup>13</sup> Zit. n. Šuvar: *Svi naši...* a.a.O., S. 14.

<sup>14</sup> Ebd. S. 250ff.

<sup>15</sup> Detailliert dazu und zu den langwirkenden außenpolitischen Folgen dieser Beschlüsse Branko Petranović, Sava Dautović: *Jugoslovenska reoljucija i SSSR (1941-1945)*, Belgrad 1988, S. 204ff.

wieder gemeinsame Grenzen hätten; schon aus Gründen der interethnischen Befriedung müsse Bosnien als "Pufferstaat" (!) einen *Republik*-Status bekommen.<sup>16</sup>

Das überzeugte, und Jugoslawien mußte diese Konzession nie bereuen – nur die Bosnier machten den ganzen *Selbstverwaltungs*-Leerlauf der Tito-Ära kaum mit und waren darum auch befähigt, eingangs der 70er Jahre ihr *bosnisches Wirtschaftswunder* zu inszenieren und im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland als einzige jugoslawische Republik einen *Überschuß* zu erwirtschaften. Dennoch blieben sie die gute Ausnahme einer generell verderblichen Regel, die letztlich dem ganzen Staat Jugoslawien den Garaus machte.<sup>17</sup> Warum hat sich das ursprünglich so gut gemeinte Jugoslawien am Ende als schlecht, instabil und ethnisch fragil erwiesen?

Mit dem Sturz des Kommunismus zerbrachen auch die von Kommunisten errichteten *Föderationen* Sowjetunion, Jugoslawien und Tschechoslowakei. So unterschiedlich die drei auch waren, in ihrer Konstruktion waren sie mit demselben "Geburtsfehler" behaftet: Eine *Nation* bekam ihre *Republik*, und damit war man fertig.<sup>18</sup> *Ethnizität* wurde also so hoch angesiedelt, daß für *Demokratie* kein Platz mehr blieb. Das war schlimm genug, aber es wurde schlimmer: Mit der Betonung von (scheinbaren) *Volksgruppenrechten* wurden nicht nur *Menschenrechte* völlig übersehen, es wurden auch Titularnationen gegen nationale Minderheiten gestellt, womit langfristig schwerste interethnische Konflikte – wie der aktuelle im Kosovo – gewissermaßen vorprogrammiert waren. Und ganz schlimm wurde es erst in postkommunistischen Zeiten, als westliche postnationalistische Integrationen plötzlich im Osten mit prädemokratischen "Nationalstaaten" konfrontiert sahen, die zwar von der Transition zu Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft *redeten*, tatsächlich aber eine chauvinistisch-militante Interessenspolitik betrieben und diese vor allem gegen Nachbarn und/oder nationale Minderheiten richteten.<sup>19</sup> Von anderen unterschied sich Jugoslawien nur graduell – durch die größte Lautstärke und hinterhältigere Perfidie, mit denen partikularistische Volkstumskämpfe mit einem Schwall von "Argumenten" aus Geschichte, Kultur, Sprache etc. überdeckt wurden.<sup>20</sup>

Diese Entwicklungen waren zu keinem Zeitpunkt jugoslawischer staatlicher Existenz zu übersehen, und sie führten in ihrem Streben nach partikularistischer "Reinheit" (*čistoća*) zum Krieg, der sich in der lange zuvor prophezeiten Weise entwickelte – bezeugte im August 1992 Milovan Đilas:

<sup>16</sup> Detailliert Wolf Oschlies: "Duldung" ist ein (neu)bosnisches Wort – Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Das Dayton-Friedensabkommen. Die bosnischen Kriegsflüchtlinge, Sankt Augustin 1997, S. 29ff.

<sup>17</sup> Hierbei und im folgenden bezieht sich der Verfasser auf einen Vortrag, den die serbische Soziologin Lidija Basta-Posavec, die damals in der Schweiz lebte und arbeitete, am 18. Februar 1995 in Bern vor einem internationalen Forum hielt.

<sup>18</sup> Detailliert zu den politischen Unterscheidungen zwischen *Nationen*, *Nationalitäten* und *ethnischen Gruppen*, die im alten Jugoslawien gerade mit Blick auf ihren jeweiligen Status in der Föderation gemacht wurden, vgl. Dušan Breznic, Koča Jončić: Utvrđivanje i izrada socio-ekonomskih indikatora za nacionalnosti u Jugoslaviji, in: Stanovništvo, Nr. 1-4/1979/1980/1981, S. 20-51.

<sup>19</sup> Branko Caratan: Nacija u postkomunističkoj tranziciji, in: Erasmus (Zagreb), Nr. 24/1998, S. 42-54.

<sup>20</sup> Detailliert dazu Predrag Matvejević: Jugoslavenstvo danas, Belgrad 1984, passim.

Der Krieg in Jugoslawien hat mehrere Ursachen. Einer der Hauptgründe ist die nationalistische Ideologie, die einen großen Auftrieb erlebte, weil die Kommunisten jegliches Demokratiestreben vereitelt haben in der Zeit ihrer politischen Herrschaft. (...) Der Krieg in Jugoslawien ist vor allem ein Konflikt zwischen dem serbischen und dem kroatischen Nationalismus, denn *beide* streben nach nationaler Vormachtstellung und so stellen sie *beide* eine starke Bedrohung der anderen Völker Jugoslawiens dar.<sup>21</sup>

Es waren nicht nur Serben und Kroaten allein. Die von allen jugoslawischen Teilrepubliken vorgebrachten Klagen wirtschaftlicher und politischer Übervorteilung waren im Grunde nur vorgeschobene Aktionen. Sie alle entsprangen der grundlegenden Erkenntnis der jeweiligen nationalen Eliten, daß eigene Machtposition und ethnische Kohäsion in der Republik um so fester sein würden, je mehr Konflikte man mit Nachbarrepubliken hätte und schürte.<sup>22</sup> Und das eskalierende "Aufmucken" nationaler Minderheiten – etwa die zunehmend gewaltbereite Forderung der Kosovo-Albaner nach einer *Republik* seit 1968<sup>23</sup> – bot nichts als die willkommene Gelegenheit, die Protestierer als *Konterrevolutionäre* zu verunglimpfen, zu bekämpfen und somit nationale Integrationseffekte für die Titularnation auszulösen.<sup>24</sup>

### 3. Alleinschuldiges Serbien?

Die Serben, das größte Slavenvolk in Europas Südosten, gelten nicht ohne Berechtigung als die nachhaltigsten Förderer dieser unseligen Entwicklung. "Wenn die Kroaten *Wir* sagen, denken sie an Kroatien. Wenn die Serben *Wir* sagen, denken sie an Jugoslawien", galt früher, war aber bewußt oder unbewußt nur die Fortsetzung des klassischen serbischen *Unitarismus*, der numerische Überzahl und längere eigenstaatliche Entwicklung schon in das *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen*, also den gemeinsamen Staat von 1918, als obligatorische Norm einbringen wollte.<sup>25</sup>

Einer Wiederholung dessen wollte Tito zweifach vorbeugen. Erstens machte er die Serben künstlich "klein", indem er innerhalb Serbiens die *Autonomen Provinzen* Vojvodina (im Norden, mit ungarischer Bevölkerungsmehrheit) und Kosovo (im Süden, mit albanischer Bevölkerungsmehrheit) einrichtete. Warum wurden in Kroatien nicht das multiethnische Istrien und die kompakt serbische Krajina autonom? Weil allem Anschein nach die ganze Autonomieregelung letztlich nicht ernstgemeint war: Im Norden entstand die *Autonome Provinz Vojvodina* (APV), im Süden das *Autonome Gebiet Kosovo-Metohija* (AKMO), und der Unterschied war nicht nur semantischer Natur, da die APV z.B. ein eigenes

---

<sup>21</sup> Rajko Djurić, Bertolt Bengsch: Der Zerfall Jugoslawiens, Berlin 1992, S. 203ff.

<sup>22</sup> Exakt analysiert und mit zahllosen Beispielen illustriert bei Stipe Šuvar: *Socijalizam i nacije*, Bd. I-II, Zagreb 1988, passim, speziell Bd. I, S. 175ff.

<sup>23</sup> Vgl. Kristaq Prifti et al. (Hrsg.): *The Truth on Kosova*, Tirana 1993.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Dejan Lučić: *Tajne albanske mafije – Teror koji još uvek traje*, Belgrad 1990.

<sup>25</sup> Albert Mousset: *Le Royaume Serbe Croate Slovène – Son organisation, sa vie politique et ses institutions*, Paris 1926, S. 31ff.

Gerichtswesen besaß, das AKMO aber nicht.<sup>26</sup> Es handelte sich also um eine Schein-Autonomie, die fallweise Konzessionen für nationale Minderheiten mit generellem Mißtrauen gegen diese verband, zudem zu jeder Zeit durch die zentralistische Gewalt des SKJ mit seiner "führenden Rolle" rückgängig gemacht werden konnte.

Zum zweiten verhinderte Tito in seinem Bestreben, das numerische Übergewicht der Serben politisch zu mindern, daß die größte der 34 in Jugoslawien anerkannten nationalen Minderheiten, eben die Serben außerhalb Serbiens, in keiner Republik konstitutionelle Erwähnung fand. Letzteren Umstand nahm im September 1986 eine kleine Gruppe serbischer Akademiker mit einigen Sätzen in ihren Entwurf eines Diskussionspapiers auf<sup>27</sup> – was kurz darauf als das berüchtigte *Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste* (SANU)<sup>28</sup> weltweit Schlagzeilen machte. Die Kritik war nur partiell berechtigt: Es handelte sich um das unvollendete Arbeitspapier einer SANU-Kommission, das neben serbisch-ethnischen Problemen zahlreiche weitere Fragen zur damaligen gesamtjugoslawischen Krise aufgriff, dabei aber so flüchtig und unvollständig verfuhr, daß die SANU-Leitung das Papier weder diskutieren noch publizieren wollte.<sup>29</sup> Unbestritten dürfte indessen sein, daß die latente Brisanz des Papiers erst in der absichtsvoll-demagogischen Verknappung durch den damaligen Kommunistenchef Serbiens, Slobodan Milošević (\*1941), zur neuen Kampfparole ethnisch-territorialer serbischer Kongruenz politische Gefahr entfaltete: "Wir glauben einfach, daß es das legitime Recht und Interesse des serbischen Volks ist, in einem Staat zu leben" (16. März 1991).<sup>30</sup> Eigentlicher Urheber dieser Parole war der Schriftsteller (und spätere jugoslawische Präsident) Dobrica Ćosić, der die Idee freilich in einer "Föderation serbischer Länder" realisiert sehen wollte.<sup>31</sup> Alle Serben hatten in *einem* Staat gelebt, in Jugoslawien, und als dieser Staat unterging, packte sie gewissermaßen ein großer Verliererkomplex. Dieser Komplex verführte Serben in Kroatien und in Bosnien schon 1991 dazu, eigene "Staaten" zu bilden<sup>32</sup> – *Republika Srpska Krajina* (RSK) in Kroatien und *Republika Srpska* (RS) in Bosnien –, die erst 1995 durch kroatische und bosnische Militärationen (letztere mit westlicher Luftunterstützung) liquidiert wurden. Aber kaum jemand rührte sich international, als die Kosovo-Albaner nach 1990 exakt dieselbe Taktik

<sup>26</sup> Vgl. Jovan Đorđević: Državno uređenje Federativne Republike Jugoslavije, in: Informativni Priručnik o Jugoslaviji, Nr. 1/1949, S. 136-148.

<sup>27</sup> Der Inhalt ist ausführlich referiert bei Detlef Kleinert: Inside Balkan – Opfer und Täter, Wien/München 1993, S. 98ff.

<sup>28</sup> Detailliert Olivera Milosavljević: Zloupotreba autoriteta nauke, in: Nebojša Popov (Hrsg.): Srpska strana rata, Belgrad 1996, S. 305-338; bzw. in der deutschen Ausgabe dies.: Der Mißbrauch der Autorität der Wissenschaft, in: Thomas Bremer et al. (Hrsg.): Serbiens Weg in den Krieg – Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung, Berlin 1998, S. 159ff.

<sup>29</sup> Velizar Zečević: Memorandum jedne akademije, in: NIN, 26.10.1986, S. 14-15.

<sup>30</sup> Biographie Miloševićs in: Feral Tribune (Split), 12.8.1996.

<sup>31</sup> Detailliert Nebojša Popov: Srpski populizam – Od marginalne do dominantne pojave, Sonderbeilage (34 S.) zu "Vreme", 24.5.1993.

<sup>32</sup> Ganz direkt aus erstem eigenen Erleben beschrieben von Susanne Gelhard: Ab heute ist Krieg – Der blutige Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, Frankfurt/M. 1992.

verfolgten: Loslösung vom Staat (Serbien) unter Berufung auf die "Selbstbestimmung der Völker".

Die Serben gelten im Frühjahr 1999 in aller Welt als eine Gemeinschaft, die sich im Zorn gegen die NATO-"Aggression" und in Selbstmitleid fest um Slobodan Milošević geschart hat. Diese Eindruck ist nicht falsch, obwohl sich bei genauerem Hinsehen doch gewichtige Unterschiede zeigen – nur eine Minderheit der Serben dürfte so verblendet wie die *Patriotische Union Jugoslawiens* (PSJ) sein, die am 13. April 1999 forderte, "den ersten Patrioten Jugoslawiens" Milošević zum "Nationalhelden" zu machen, denn sein Name sei "ein Synonym für bewiesenen Heldenmut und die Einheit des Volks, der Armee und aller politischen Kräfte als Garanten unseres Sieges über den verwilderten Faschismus und Imperialismus, der droht, die ganze Welt seinen Interessen zu unterwerfen".<sup>33</sup> Erheblich größer dürfte die serbische Gruppe sein, die – wenn überhaupt – auf Zeit vergessen hat, wieviel soziales Elend das Milošević-Regime auch ohne den Kosovo-Konflikt über fast alle Serben gebracht hat: Wenn die Belgrader Soziologin Aleksandra Pošarac recht hat, dann lebten bereits 1998 rund 95 Prozent aller Menschen Serbiens an oder unter der Armutsgrenze.<sup>34</sup>

Bevor die Bomben fielen, war die serbische Regierung immer zu optimistischen Wirtschaftsprognosen bereit, während die regimekritische Presse diese Aussagen mit harten Fakten konterte: Ende Dezember 1998 waren 31.189 Betriebe illiquide (15,4% mehr als 1997), und die Summe ihrer Verpflichtungen belief sich auf 26,245 Mrd. Dinar (134% mehr als 1997). Zum Vergleich: Am 9. März 1999 wurden auf dem serbischen Schwarzen Mark 10 Dinar für eine DM gezahlt. Rund 1,4 Millionen Rentner bekommen seit Jahren nur elf Monatsrenten im Jahr ausgezahlt – eine Durchschnittsrente betrug 1998 934 Dinar im Monat, und das Wachstum der Renten war vier- bis fünfmal geringer als der Anstieg der Stromrechnungen und der kommunalen Dienstleistungen. Daß die Lage der Rentner nicht noch schlimmer ausfiel, war allein dem eiligen Verkauf der *Telekom Srbije* an italienische und griechische Interessenten für knapp 1,8 Mrd. DM zu verdanken, denn von diesem Erlös gingen 700 Mio. DM in den *Rentenfonds Serbiens*. Arbeitslosigkeit (1998 26,7%) und Inflation (1998 52%) steigen ständig,<sup>35</sup> und eine Besserung ist nicht in Sicht: Die Regierung hat weder die Absicht noch ein Konzept für marktwirtschaftliche Reformen, ausländische Investitionen waren auch vor der NATO-Aktion Jugoslawiens wegen ungeklärter Verhältnisse zu Weltbank, IWF etc. nicht zu erwarten, und seither scheint selbst die pessimistische Prognose von 1998 noch übertrieben, daß das Land 25 Jahre benötigen werde, um seinen Standard von 1989 *wieder* zu erreichen.<sup>36</sup>

Seit Beginn der NATO-Aktion herrscht in Serbien offiziell "Kriegszustand", womit alle ungeschminkten Daten über Wirtschaft, Beschäftigung, Lebensstandard etc. strengster Zensur un-

---

<sup>33</sup> Bericht in: *Vreme*, 7. Sonderausgabe, 24.4.1999, S. 16.

<sup>34</sup> Bericht in: *Naša borba*, 18.8.1998, S. 4.

<sup>35</sup> Dokumentation in: *Vreme*, 13.3.1999, S. 24-27.

<sup>36</sup> Darko Marinković: *The Financial and Political Crisis in Yugoslavia*, in: *South East Europe Review*, Nr. 4/1998, S. 35-38; hierbei handelt es sich um ein Interview mit D. Avramović, 1994-1996 Gouverneur der Jugoslawischen Nationalbank.



terliegen. Wenn man aber ältere Daten "hochrechnet", ergibt sich ein tiefschwarzes Bild. Im Mai 1998 waren 834.482 Arbeitslose registriert, wozu nochmals 700.000 "in Zwangsurlaub" und rund 350.000 Beschäftigte, die ihren Lohn höchst unregelmäßig oder gar nicht bekamen. Ein jugoslawischer Durchschnittslohn betrug 1998 1.300 Dinar monatlich, aber "über 50 Prozent der Beschäftigten haben ein unterdurchschnittliches Einkommen". Das Bruttoinlandsprodukt der BR YU fiel in den Jahren 1990-1996 um 50 Prozent und ist seither auf weiterer Talfahrt. Die Gesellschaft ist überaltert (und nur der günstige Altersdurchschnitt von 25 Jahren im Kosovo senkt die gesamtjugoslawische Rate auf 35 Jahre), Krankheiten und Sterblichkeit nehmen rapide zu, die Suizidrate hat sich um 13 Prozent allgemein, in der Altersgruppe über 55 Jahre um 60 Prozent erhöht.<sup>37</sup>

Diese (und weitere, ähnlich schlimme) Entwicklungen liefen 1998 ab, als der Kosovo-Konflikt mit jedem Monat weiter eskalierte. Besteht zwischen wirtschaftlichem Niedergang und politischer Militanz ein Zusammenhang? Das Regime hatte seinen Bürgern bereits in den frühen 90er Jahren rund 6,6 Milliarden DM Devisen-Sparguthaben einfach weggenommen und denkt bislang nicht daran, dieses Geld irgendwann zurückzuzahlen.<sup>38</sup> Auf einer britischen *Korruptionsskala*, die bis zum Wert 9,0 reichte, landete Jugoslawien bei 7,4 – dem mit Abstand höchsten Korruptiertheitswert unter den Transitionsländern, gefolgt von Albanien mit 5,7.<sup>39</sup>

Ist es angesichts solcher Daten eine Übertreibung, von einem veritablen "Krieg" zu sprechen, den Milošević gegen sein eigenes Volk führt?

#### **4. Kosovo: Kampfplatz serbischer Nationalisten von rechts und links**

"Serbien hat dem Kosovo *die* Autonomie weggenommen", wird allgemein behauptet. Das trifft inzwischen auch zu, war von Anfang an aber nicht so. Serbien hat mit seiner Verfassung vom 28. März 1989 dem Kosovo und der Vojvodina allein die *politische* Autonomie genommen, um (wie es damals hieß) mittels "staatlicher Kompetenz auf seinem gesamten Territorium (...) den anderen sozialistischen Republiken in unserer jugoslawischen föderativen Gemeinschaft gleichberechtigt zu werden".<sup>40</sup> Dazu sah sich Belgrad durch gewisse Entwicklungen legitimiert:

The Autonomous Provinces, formally constitutive parts of the Republic of Serbia, also managed to increase their independence. After 1974 they were directly represented on the federal level, and Serbia de facto lost its sovereignty over ca. 36 percent of its territory. In the Province of Kosovo demographic and political development was discouraging. The birth-rate of the Albanians has been the highest in Europe for decades. Their growth and the steady emigration of Kosovo-Serbs led in the 1980s to the reduction of the proportion of Serbs in the Province to no more than 10 percent. Additionally, in 1981 Albanians clamoured for upgrading Kosovo to the status of an Republic. The Serbs interpreted their demand as a first step towards

<sup>37</sup> Berichte und Dokumentation in: Vreme, 14.11.1998, S. 22-26; NIN, 3.12.1998, S. 24-25.

<sup>38</sup> Mlađan Dinkić: *Ekonomija destrukcije – Velika pljačka naroda*, 3. A. Belgrad 1995.

<sup>39</sup> In dem zitierten Bericht in: Vreme, 14.11.1998.

<sup>40</sup> Dokumentation und Kommentare in: NIN, 31.3.1989, S. 6-7.

the separation of Kosovo in favor of a Greater Albania, and they overreacted by implementing an extensive campaign of arbitrary repression which drove the Albanians into despair and passive resistance. Since 1989 their control of the Province has had the character of military occupation.<sup>41</sup>

Was als "Wiederherstellung serbischer Staatlichkeit" etc. geplant war, endete rasch bei einer weitgehenden politischen Entrechtung der Kosovo-Albaner, denn nun hatten sie, die ihre Autonomie als eine ihre numerische Stärke und historische Präsenz nergierende *föderale Asymmetrie* empfanden, auch nicht die geringste Möglichkeit mehr, den wachsenden serbischen Antipathien gegen sie als "Fremdkörper in Jugoslawien", "Feinde", "antislavische Konkurrenten", Benutzer der "Demographie als Waffe" etc. entgegenzuwirken.<sup>42</sup> Den nächsten Fehler machten die Albaner, als sie 1990-1992 parastaatliche Alleingänge – "Republik Kosova", "Präsident", "Regierung", "Verfassung", "Parlament" etc. – unternahmen und von aller Welt deren Anerkennung verlangten.<sup>43</sup> Und weil sie buchstäblich alles Serbische boykottierten (serbische Pässe ausgenommen, weil sie sonst nicht aus dem Kosovo herausgekommen wären). Offiziell behaupteten sie, für die verhaßten serbischen Institutionen ein albanisches *Parallelsystem* zu haben.<sup>44</sup>

Diese albanische Total-Verweigerung nützte allein – Milošević! Mit den Stimmen, die man z.B. in Belgrad und Umgebung zur Erringung eines Parlamentssitze benötigt, bekommt man im Kosovo leicht ein Dutzend Sitze. Weil die Albaner alle Wahlen boykottierten, gingen ihre Stimmen auch der Opposition gegen Milošević, die diesen an der Jahreswende 1996/97 politisch durch ihre Wahlsiege in über 40 Städten und spätere Massenproteste, die fast 90 Tage gegen Miloševićs Wahlbetrug anhielten, zu Boden gestreckt hatte, verloren.<sup>45</sup> Das wiederum verhalf Milošević, im Kosovo relativ leicht Mehrheiten zu gewinnen, mit denen er dann auch in ganz Serbien obsiegen konnte – die Albaner haben den serbischen Diktator "gemacht", auch wenn sie ihn stürzen wollten.

Milošević kennt, wie letzten zehn Jahre in ungezählten Beispielen zeigten, keine permanenten Orientierungen oder Partner, sondern allein das permanente Ziel der Macht. Um sie abzuschern, holte er seine profiliertesten politischen Gegner, Šešelj und Drašković, in die Regierung, und konnte ein paar Monate gut damit leben, daß Drašković die Politik des Präsidenten im Kosovo milde kritisierte – bis er den Bogen wohl überspannte und Ende April 1999 entlassen wurde. Drašković hatte, hierbei unterstützt von dem *serbischen* Präsidenten Milan Milutinović, gesagt, daß er "hoffe", auch den Standpunkt Miloševićs und der Bundesregierung auszudrücken, daß nämlich jede Art von fremden Truppen im Kosovo

---

<sup>41</sup> Mojmir Križan: New Serbian Nationalism and The Third Balkan War, in: Studies in East European Thought, Nr. 1-2/1994, S. 47-68, zit. S. 57.

<sup>42</sup> Detalliert Srdja Popović et al.: Kosovski ćvor – Drešiti ili seći?, Belgrad 1990.

<sup>43</sup> Wolf Oschlies: Der Zerfall Jugoslawiens und die Wiederkehr der albanischen Frage, in: Dardania (Wien), Nr. 7/ 1997, S. 77-86.

<sup>44</sup> Fehmi Agani (Interview): Paralelan život teče, in: NIN, 24.11.1995, S. 19-20.

<sup>45</sup> Vladimir Goati: Novembarski izbori 1996 – smisao i efekti, in: Republika, 1.-31.1.1997, S. 15-20.

kontrollieren könne, sofern sie es mit einem UN-Mandat täte.<sup>46</sup> Da hatte sich Drašković wohl gründlich geirrt, denn Milošević betreibt seine Kosovo-Politik offenkundig nach den Vorstellungen Šešeljs. Der serbische Radikalenchef hatte schon 1990 exakt vorgegeben, wie mit den Kosovo-Albanern zu verfahren sei:

Mit Blick darauf, daß sich die albanische nationale Minderheit als dauerhaft feindlich gezeigt hat gegen die staatliche Souveränität und Integrität Serbiens und Jugoslawiens als Staat, meine ich, daß beide nach dem Völkerrecht jede Berechtigung haben, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um ihre Souveränität und staatliche Integrität zu schützen, und ich plädiere dafür, aus einem 50 Kilometer breiten Gürtel entlang der Grenze zu Albanien die gesamte albanische Bevölkerung in andere Teile Serbiens auszusiedeln, unter Zahlung einer rechtmäßigen finanziellen Entschädigung, damit dieses beste Ackerland ganz Europas der Armee zur Bewirtschaftung übergeben und eine systematische Ansiedlung des slavischen Elements betrieben werden, damit alle 360.000 albanischen Emigranten, die seit dem 6. April 1941 bis heute aus Albanien nach Jugoslawien gekommen sind, samt ihren Familienangehörigen dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge übergeben werden, denn es gibt auf der Welt so viele reiche, ausgedehnte und dünnbesiedelte Länder, die können sie dann aufnehmen und so ihre Humanität demonstrieren.<sup>47</sup>

Was 1990 vielleicht noch die Privatmeinung eines einzelnen Politikers, wiewohl Parteiführers, sein mochte, nahm sich fünf Jahre zweifach anders aus. Am 14. Oktober 1995 verabschiedete die *Vaterländische Zentralleitung der Serbischen Radikalen Partei* – Parteivorstand samt allen SRS-Abgeordneten des Bundesparlaments, des Parlaments Serbiens sowie der Parlamente Montenegros und der RSK (die es zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr gab) – ein detailliertes Programm, wie die SRS das Kosovo-Problem lösen würde.<sup>48</sup> Dieses Programm war eine "Neuaufgabe" des Vertreibungsplans, den der serbische Historiker Vasa Čubrilović (1900-1990), 1914 einer der Mitverschwörer bei den "Schüssen von Sarajevo" auf den habsburgischen Thronfolger,<sup>49</sup> bereits 1937 öffentlich vorgetragen hatte und den die Šešelj-Radikalen nun sofort hinter ihrem Programm nachdruckten.<sup>50</sup> Čubrilović wird seit einigen Jahren immer wieder im Ausland als der eigentliche Ideengeber von Miloševićs Kosovo-Politik erwähnt, Šešelj praktisch nie, dabei tragen die gegenwärtigen Grausamkeiten im Kosovo unverkennbar Šešeljs Handschrift, wenigstens finden sich in dessen Programm von 1995 entsprechende Handlungsanweisungen:

Lösung des Kosovo-Problems im Rahmen eines "unitaristischen Staates, in dessen Bestand die Republik Serbische Krajina, die Republika Srpska, die Republik Serbien und die Republik Montenegro eingehen würden"; "die völlige Einbeziehung von Kosovo-Metohija in den serbischen Einheitsstaat ist eine rein interne Frage, die ohne jede Einmischung der sog. Internationalen Gemeinschaft gelöst werden muß"; das Bundesparlament muß "dringend" ein neues "Staatsbürgerschaftsgesetz" erlassen, mit welchem die "Zahl albanischer Emigranten und ihrer

<sup>46</sup> Bericht mit Zitaten in: Vesti, 28.4.1999, S. 7.

<sup>47</sup> Vojislav Šešelj: Razaranja srpskog nacionalnog bića, Belgrad 1992, S. 43ff.

<sup>48</sup> Wortlaut in (dem SRS-Parteiblatt): Velika Srbija, Nr. 54, Oktober 1995, S. 21-26.

<sup>49</sup> Vasa Čubrilović (Interview): Moraš ginuti kada braniš državu, in: NIN, 25.6.1989, S. VIII-IX.

<sup>50</sup> Wortlaut in: Velika Srbija, Nr. 54, Oktober 1995, S. 27-33; deutsche Übersetzung in: Dardania, Nr. 2-3/1990, S. 180-200.

Nachkommen", die in den Jahren 1941-1987 "illegal" eingewandert sind, "zuverlässig ermittelt" werden kann; es handelt sich um "rund 400.000 derartige Fremdlinge", die sofort auszuweisen sind, sofern sie als "Extremisten" auffällig wurden; die anderen müssen "auch bei banalsten Anlässen" ihre Staatsbürgerschaft sowie den "Besitz eines Vaterlandsscheins"<sup>51</sup> nachweisen – können sie es nicht, erfolgt "augenblickliche Vertreibung"; den schätzungsweise 300.000 albanischen *gastarbajteri* (!) im Ausland ist die Heimkehr ins Kosovo mit allen Mitteln zu verwehren; der Landbesitz von Albanern ist erneut genau zu überprüfen, und jede Möglichkeit ist zu nutzen, ihnen Grund und Boden wegzunehmen und früheren Besitzern (Kirche, früher enteignete Bauern etc.) zurückzugeben; Albaner,<sup>52</sup> "die nicht unsere Staatsbürger sind", werden augenblicklich aus ihrer Arbeit entlassen; 5 bis 10 Prozent der Albaner, "einflußreichste und prominenteste Familien oder Individuen", sind den neu anzulegenden Serben-Ansiedlungen als Geiseln beizugeben; durch neu zu bauende Straßen und Kasernen ist Albanern Grund und Boden wegzunehmen und ihr Gebiet zu zersiedeln; Albaner sind mit Lebensmitteln, Strom, Wasser etc. so schlecht zu versorgen, daß ihnen "das Leben unerträglich erschiene"; Albaner sind stets als Betrüger anzusehen und entsprechend von der Polizei zu beachten; albanische Privatunternehmen sind schärfstens zu kontrollieren und amtlich zu behindern; albanische Parteien sind zu beschränken, albanische Prominente durch "Unglücksfälle" zu eliminieren (Autounfälle, Eifersuchtstötungen, Aids-Infektionen etc.); durch sofortigen Entzug aller Sozialleistungen ist die hohe Geburtenrate bei Albanern zu dämpfen; albanischsprachige Radio- und TV-Programme sollen allein Leben und Mentalität der Albaner "erodieren"; entlang der Grenze ist ein 50 km breiter Streifen von Albanern freizuhalten; albanischsprachige Schulen dürfen allein als Privatschulen, jedoch nur mit serbischen Lehrplänen eingerichtet werden; Armee und Polizei müssen umgehend von Albanern gesäubert werden etc.

Als die SRS dieses Programm erließ, war Milošević für sie noch ein "Idiot", "Psychopath", "Mensch mit ausgeprägtem Selbstmordtrieb" etc., der als "Hauptschuldiger an allem Unglück für das serbische Volk" augenblicklich zurücktreten müsse.<sup>53</sup> Auf der anderen Seite bemerkte Miloševićs Frau, Mira Marković, im Oktober 1993 über Šešelj:

Das ist ein Mensch, der die serbischen nationalen Interessen kompromittiert, der überhaupt die Politik kompromittiert. (...) Mit seinem angeblichen Einsatz für die Interessen des Volks will er das serbische Volk nicht nur von anderen jugoslawischen Völkern, sondern auch von Europa und der Welt isolieren. Serbien wäre so isoliert, daß alles, was nicht unser ist, feindlich wäre. In einem solchen Serbien würde jeder, der Bücher fremder Autoren liest oder fremde Sprachen spricht, als Feind angesehen werden. Diese Vision ist so gefährlich und so real, daß sich alle Bürger und alle politischen Menschen im Kampf vereinen sollten, damit diese Vision niemals Wirklichkeit wird.<sup>54</sup>

Dabei hatte Mira Marković längst selber "Feinde" in Fülle ausgemacht, vor allem im Kosovo: Was in ihren Aussagen ursprünglich als eher harmloser Verwaltungsakt zur

<sup>51</sup> Vermutlich hat hier die kroatische (und weltweit einmalige) *Domovnica* (Heimatschein), ohne die in Kroatien kein einziges Personaldokument zu bekommen ist, eine Rolle als "Vorbild" gespielt, W.O.

<sup>52</sup> Hier wie in allen serbischen Texten radikaler Provenienz ist nur von *Šiptari* die Rede, was zwar wie eine serbisch-kyrillische Schreibweise des nationalen Eigennamens der Albaner aussieht, tatsächlich aber eine herabsetzende und verächtliche Bezeichnung ist – vergleichbar dem polnischen *Polak* und dem deutschen *Pollack*, W.O.

<sup>53</sup> Wortlaut der Rede Šešeljs und des betreffenden Beschlusses in: *Velika Srbija*, Nr. 54, Oktober 1995, S. 12-15.

<sup>54</sup> Mira Marković: *Odgovor*, Belgrad 1993, S. 259ff.

Wiederherstellung serbischer und montenegrinischer "Rechte" im Kosovo war und "erfolgreich" abgeschlossen wurde, das wurde in überraschend kurzer Zeit zum serbischen Kampf gegen albanische Nationalisten, Terroristen, "fünfte Kolonnen" samt "ausländischen Geldgebern" etc.<sup>55</sup> Diese eskalierend antialbanische Haltung war die geeignete Plattform, auf der man sich sogar mit dem perhorreszierten Šešelj treffen konnte, und am Ende bildete sich die bekannte Verbindung: Milošević Präsident, die *Jugoslawische Vereinigte Linke* (JUL) seiner Frau und die SRS des Vojislav Šešelj in der Regierungskoalition, dazu vor kosovarischem Ort noch die aus Bosnien schrecklich bekannten Verbrecherbanden des Željko Ražnjatović-"Arkan" – den Šešelj noch Ende 1995 als "Banditen" bezeichnet und als solchen detailliert beschrieben hatte.<sup>56</sup>

Ein erstes und noch zu übersehendes Indiz dieser "Allianz" war Serbiens wachsender Nachdruck darauf, daß das Kosovo ein Teil Serbiens und folglich dessen "interne Angelegenheit" sei.<sup>57</sup> Das hat die internationale Gemeinschaft lange hingelassen, weil alle Beteiligten vor Ort Ruhe bewahrten – die Albaner ignorierten alles Serbische, auch die machtvollen und langwährenden Proteste gegen Milošević 1996/97, blieben aber ruhig und konnten darum ihrerseits von der Welt vergessen werden (beispielsweise Ende 1995 bei den Dayton-Verhandlungen). Die Serben wiederum tolerierten oder übersahen das "Parallelsystem", das die Albaner für alle Bereiche und auf allen Ebenen errichtet hatten, und verhielten sich ihrerseits ruhig.

Die Lage änderte sich, als 1996 die albanische Untergrundarmee UCK auftauchte – 1991 als "Armee" der "Republik Kosova" entstanden, nachdem die Serben *alle* Albaner aus Armee und Polizei hinausgeworfen hatten – und Überfälle auf serbische Polizeistationen (und auf "loyale Albaner") verübte, sich dabei mit "patriotischen" Zwangssteuern bei albanischen Gastarbeitern im Westen zu einem Drittel finanzierte, zu zwei Dritteln aber aus Drogenhandel und ähnlichen kriminellen Aktivitäten.<sup>58</sup> Das Treiben der UCK wurde von serbischer Seite mit wachsender bewaffneter Präsenz und Militanz beantwortet. Es wurde offen Krieg geführt – erstmalig in der jahrhundertealten Geschichte dieses Konflikts.<sup>59</sup> Damit waren sich beide Seiten spiegelbildlich gleich geworden – undemokratische Parteien (serbische SDS und albanische LDK) schicken bewaffnete Formationen ins Feld, um ihre jeweiligen Maximalforderungen durchzusetzen.<sup>60</sup> Auch das hätte die internationale Gemeinschaft vermutlich nicht sonderlich besorgt gemacht, hätte der Konflikt nicht stets eine gefährliche

---

<sup>55</sup> Ebd. S. 79, 182, 199, 271 und generell passim.

<sup>56</sup> A.a.O (Anm. 47).

<sup>57</sup> Nebojša Jerković (Hrsg.): Kosovo and Methojia an Integral Part of the Republic of Serbia and FR of Yugoslavia – Documents and Facts, Belgrad 1995.

<sup>58</sup> Krešimir Meler: Ko finansira Oslobođilačku vojsku Kosovo – Narko naoružanje, in: Svijet (Sarajevo), 19.7.1998, S. 30-31; detaillierte Analyse und zahlreiche Quellenangaben auch bei N.D.A. Arvanites: Organized Crime and Geopolitics – A New Systemic Origin of the Communal Conflicts and Small Wars, in: Eurobalkans, Nr. 32, Autums 1998, S. 4-7.

<sup>59</sup> Zur jahrhundertealten Geschichte des Konflikts vgl. Slobodan Reljić: Srbi "lete" na sever, in: NIN, 5.11.1998, S. 10-12.

<sup>60</sup> Dragoš Ivanović: Mentalna blokada, in: Republika (Belgrad) 1.-15.9.1998, S. 3.

Neigung offenbart, auf Nachbarländer überzugreifen bzw. diese zu destabilisieren. Ein "souveränes Kosovo" hätte die nationalistischen Aspirationen der Albaner in Makedonien (22,9 Prozent der Bevölkerung) angestachelt, die bislang durch eine liberale und konzessionsbereite Politik der makedonischen Regierungen gedämpft blieben.<sup>61</sup> Radikale Sprecher der UCK erklärten, daß alle von Albanern besetzten Regionen des Balkans (Teile Montenegros, Makedoniens und Nord-Griechenlands) "Kampfbzonen" seien, die "befreit" und mit Albanien vereinigt würden. Diese Aussicht brachte dann internationalen Druck auf das Geschehen, dem Milošević scheinbar und auf russischen Rat hin nachgab. Mit der internationalen Gemeinschaft war er sich auch darin einig, daß das Kosovo *keine* Souveränität erlangen sollte – gesucht wurde indessen die passende Form für dessen Autonomie, wofür sich weltweit elf Modelle anboten.<sup>62</sup>

"Favorit" wurde mehr und mehr das Projekt einer *Republik minus* – Umwandlung der BR YU in eine *dreiteilige Föderation* (Serbien, Montenegro, Kosovo), wobei das Kosovo diese *nicht* aus eigenem Willen verlassen durfte (darum "minus") –, wie es im Herbst 1998 von Chris Hill, US-Botschafter in Makedonien, nach mehrmaliger Überarbeitung vorgelegt wurde.<sup>63</sup> Ziel war die auf nationaler Repräsentativität und ethnischer Balance in allen Bereichen auf allen Ebenen beruhende Autonomie. Zu Jahresbeginn sollte diese auf einer internationalen Konferenz in Rambouillet (bei Paris) feierlich besiegelt werden, wozu sich die serbische Seite ungeachtet des wachsenden Drucks der internationalen Gemeinschaft nicht bereitfand. In Belgrad hatte man zuviele inakzeptable Bestimmungen und vage Zusagen entdeckt – stark verminderte jugoslawische Militärpräsenz im Kosovo, etwa 30.000 NATO-Soldaten dort (mit quasi Besatzervollmachten in *ganz* Jugoslawien), Berücksichtigung des "Volkswillens" nach drei Jahren (was der albanischen Forderung nach einem Referendum nahekam) etc. – und wollte das nicht unterschreiben. Folglich begannen Ende März 1999 die NATO-Bombardements.<sup>64</sup>

*Noch* besteht die Hoffnung, daß eine Autonomielösung für das Kosovo gefunden wird, die von Rußland maßgebend mitbestimmt und vorrangig kontrolliert wird – nach jüngsten Umfragen erwarten Serben mehrheitlich russische Unterstützung und würden, wenn überhaupt, am liebsten russische Truppen im Kosovo sehen.<sup>65</sup> Ebenso ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Zeit *gegen* Serbien arbeitet, zumal dieses das Kosovo faktisch aufgegeben hat: Das Kosovo ist eine von der Natur geradezu überreich ausgestattete Region, dessen ungehobene Mineralvorkommen auf weit über 200 Milliarden Dollar Wert geschätzt werden.<sup>66</sup> Bis etwa 1985 hat Serbien im Kosovo umfangreich, jedoch ineffizient investiert,

---

<sup>61</sup> Slavko Milosavljević, Mirče Tomovski: *Albancite vo Republika Makedonija 1945-1995*, Skopje 1997.

<sup>62</sup> Detailliert Wolf Oschlies: *Kosovo '98 – I. Ursachen und Kulmination eines alt-neuen Balkan-Konflikts, II. Breitenwirkung und (mögliche) Lösungen des Konflikts*, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Nr. 20 und 21/1998.

<sup>63</sup> Wortlaut in: *Vreme*, 7.11.1998, S. 6-9.

<sup>64</sup> James Hooper: *Kosovo: America's Balkan Problem*, in: *Current History*, April 1999, S. 159-164.

<sup>65</sup> Slobodan Reljić: *NATO nije dobrodošao*, in: *NIN* (Belgrad), 18.3.1999, S. 16-19.

<sup>66</sup> Besim Abazi: *Koliko košta Kosovo*, in: *Vreme*, 25.11.1995, S. 25.

von 1990 bis 1995 gingen das BIP um die Hälfte, die Ausfuhr siebenmal, die Investitionen gar zwölfmal zurück; die Anlagen der Großbetriebe sind zu 80 Prozent veraltet und werden auch nur zu 30 Prozent genutzt. Man schätzt, daß im Kosovo 375.000 Menschen eine Arbeit haben, von denen allerdings nur 150.000 ordnungsgemäß registriert sind – die restlichen arbeiten in der *Schattenwirtschaft* (*siva ekonomija*). Soweit sie Serben sind, beschäftigt man sie zumeist in den verfallenden, unrentablen Staatsbetrieben, während die Albaner erfolgreicher Privatunternehmen und den Handel in ihre Hand brachten.<sup>67</sup> Seit der Jahresmitte 1998 aber mußte ganz Serbien wachsende Lasten für den Einsatz von Polizei und Armee im Kosovo tragen, die bereits im (wieder) ruhigen Juli eine Million Dollar *pro Tag* betrugten.<sup>68</sup> Zum Jahresende hin mußten drückende Sondersteuern *zur Vaterlandsverteidigung* verfügt werden, die (vermutlich) zu Massenprotesten geführt hätten, wäre ihnen nicht durch die NATO-Luftschläge eine für Milošević willkommene patriotische Legitimierung erwachsen.

## 5. Zwischenbilanz: "Sieger" und Sieger

Runde vier Wochen nach Beginn der NATO-Luftschläge hatten diese, allen Zerstörungen an der militärischen Infrastruktur der BR YU zum Trotz, *noch* nicht die proklamierten Ziele erreicht: Milošević denkt noch nicht daran einzulenken, die "humanitäre Katastrophe", die man eigentlich verhindern wollte, ist in vollem Gange, das Vertragswerk von Rambouillet ist faktisch tot, Milošević (auf Zeit) stärker denn je.<sup>69</sup> Was außerhalb Serbiens als militärische Zwangsmaßnahme allein gegen das Regime von Milošević gilt (und folglich von diesem zu jedem Zeitpunkt beendet werden könnte), wird im Lande selber *als Aggression gegen Serbien, Vernichtungskrieg gegen Serben*, Wiederholung von Hitlers Aggression gegen Jugoslawien 1941 etc. empfunden, und dieser Sichtweise (samt Wortwahl) entzieht sich nicht einmal die regimefeindliche Presse (die es in kleinen Teilen noch gibt).<sup>70</sup>

Vielleicht hat Milošević die Bomben nicht gewollt, aber er hat sie früh einkalkuliert und im Dienste seines Machterhalts billigend inkaufgenommen. Monate vor dem Ereignis hat Milošević eine Säuberung unter seinen militärischen Beratern vorgenommen, soweit diese seine Kosovo-Politik kritisierten. Das traf Ende Oktober 1998 Jovica Stanišić, Chef des serbischen *Staatssicherheitsdienstes*, der Milošević 1995 in Dayton beraten, 1997 ein Blutvergießen unter den damaligen Demonstranten verhindert und 1998 den Kontakt Milošević – El'cin geknüpft hatte. Im Frühjahr 1998 wurde er zum Chef eines speziellen *Kosovo-Stabs* ernannt, und im Streit um die richtige Taktik gegen die UCK überwarf er sich

---

<sup>67</sup> Branka Kaljević: Kosovoska ekonomija – Mit i beda, in: *Vreme*, 23.5.1998, S. 28-29.

<sup>68</sup> Vesna Vujić: Koliko košta Kosovo, in: *Naša borba*, 31.7.1998, S. 5.

<sup>69</sup> Wolf Oschlies: Ein Land sucht Frieden, in: *Rheinischer Merkur*, Nr. 15, 9.4.1999, S. 3.

<sup>70</sup> Die auch im Ausland geschätzte Belgrader Wochenzeitung *Vreme* (Zeit) bringt seit Beginn der NATO-Aktion wöchentlich zwei "Sonderausgaben" heraus, deren jede eine ausführliche *Satnica agresije* (Stundenplan der Aggression) enthält. Hier wird in Hunderten Einzelmeldungen und -impressionen die eigentümliche "Wagenburg-Mentalität" geschildert, die sich der Serben bemächtigt hat und sie sich um den Diktator scharen läßt, W.O.

mit Milošević und wurde schließlich entlassen.<sup>71</sup> Das nächste prominente "Opfer" war einen Monat später Momčilo Perišić, Chef des Generalstabs der *Jugoslawischen Armee* (VJ), der seit langem Miloševićs Innenpolitik (Panzer gegen Proteste), Außenpolitik ("die Bundesrepublik Jugoslawien kann nicht Krieg gegen die ganze Welt führen"), Politik gegen Montenegro (militärische "Disziplinierung") etc. kritisierte. Perišić meinte, Belgrad habe den Kosovo jahrelang mißachtet und sei folglich an der aktuellen Krise schuld – die es nicht hätte, wäre es rechtzeitig auf westliche Warnungen eingegangen und hätte z.B. die BR YU in den "Partnerschaft für den Frieden" eingebracht.<sup>72</sup>

Speziell der Sturz von Perišić hat besonders interessante Aspekte. Am 5. Mai 1999 fand in Bonn eine deutsch-albanisch-serbische Podiumsdiskussion über balkanische Zukunft *nach* der NATO-Aktion statt, bei welcher der Belgrader Journalist Stojan Cerović sagte, daß es neben den aktuellen Konflikten noch einen weiteren gäbe, den "Konflikt des Slobodan Milošević und seines Regimes mit dem Westen. Das ist sozusagen sein privater kalter Krieg. Dabei ist seine grundsätzliche Position, seit er an die Macht gekommen ist, ein permanenter Konflikt mit dem Westen, mit westlichen Werten, mit dem ganzen Modell der Lenkung einer Gesellschaft".<sup>73</sup> Wenn Milošević tatsächlich einen solchen weiteren "Krieg" führt, und wenig spricht dagegen, dann hat er Perišić dabei geopfert. Der oberste Militär des Landes hatte schon im Januar 1998 gewarnt, die gesamte Situation in der Region sei so, daß sie zu Überlegungen "in Richtung eines möglichen NATO-Beitritts zwecks Erhöhung unserer Sicherheit" führen sollte. Eine solche Mitgliedschaft würde auch das drängendste gegenwärtige Problem verringern, denn "das Kosovo ist der beste Ansatz für eine Destabilisierung Jugoslawiens, aber diese Destabilisierung wird es nicht geben, wenn Jugoslawien sich in neue Trends der Weltgeschichte einfügt".<sup>74</sup>

Mit neuen Leuten um sich und der 3. Armee, speziell derem *Priština-Corps*, im Kosovo glaubt Milošević, auf dem richtigen Weg zu sein. Was er, der zeitweilige "Sieger", übersieht, ist der Umstand, daß aus der ganzen Entwicklung ein dauerhafterer Sieger erwachsen ist: die albanische UCK! Die VJ spielt dabei keine Rolle, denn offiziell ist sie in den Kosovo-Konflikt *nicht* involviert, was in der Praxis so aussieht, daß VJ und UCK einander ignorieren und sich aus dem Wege gehen. Die eigentlichen Kämpfe finden zwischen UCK und Truppen des Innenministeriums (MUP) statt.<sup>75</sup>

Die UCK hatte 1998 unter jungen Albanern patriotische Begeisterung und einen solchen Zulauf ausgelöst, daß ihre wenigen Fachleute, Ex-Offiziere der *Ex-Jugoslawischen Volksarmee* (JNA), nicht wußten, was sie mit den ca. 30.000 Freiwilligen anfangen sollten. Zudem war

---

<sup>71</sup> "Dossier" zu diesem Fall in: *Nedeljni Telegraf*, 4.11.1998, S. 6-10.

<sup>72</sup> Stipe Sikavica: *Smena u vrhu Generalštaba – Druga strana medalje*, in: *Republika*, 1.-31.12.1998, S. 15-16.

<sup>73</sup> Tonaufnahme des Verfassers von der gesamten Veranstaltung, W.O.

<sup>74</sup> Miloš Vasić: *Srbija i NATO – Sve dalje partnerstvo*, in: *Vreme*, 9.1.1999, S. 16-17.

<sup>75</sup> Dazu und zum folgenden I. Čečo, E. Suljagić: *Amaterska armija i profesionalna politika*, in: *Dani* (Sarajevo), 12.4.1999, S. 22-25. Diese Analyse ist eine von nicht wenigen, die seit Monaten aus Bosnien-Herzegowina zum Kosovo-Konflikt kommen und (wohl) die professionelle Hand militärischer Geheimdienste verraten, W.O.



mit den jungen Leuten auch manches in die UCK gekommen, was im Grunde unmilitärisch war: Zugehörigkeit zu einzelnen Clans, Verbundenheit allein mit dem eigenen Dorf, Beharren auf operativer Autonomie, Ablehnung von Waffen wie Minenwerfern (als unverträglich mit dem Heldenbild des "Kampfs mit der Waffe in der Hand") u.a.m.

Diese und andere "amateurhafte" Mängel führten im Frühsommer 1998 dazu, daß die UCK auf der Höhe ihres Erfolgs plötzlich in eine tiefe Niederlage stürzte: Die versuchte Einnahme der Stadt Oraovac, die bereits von UCK-Kämpfern umzingelt war, glückte nicht, vielmehr rieben VJ und MUP zahlreiche UCK-Einheiten auf und vernichteten durch die Erweiterung des Grenzstreifens auf 5 km große Teile von deren rückwärtigen Verbindungen. Vor der völligen Vernichtung "rettete" die UCK nur der Gewalttaktik der serbischen Militärs, die ganze albanische Dörfer vernichteten und immer größere Massen von Albanern zur Flucht zwangen. Das brachte im Herbst 1998 die internationale Gemeinschaft auf den Plan: Mitte Oktober wurde der Milošević-Holbrooke-Vertrag geschlossen, der einen Rückzug der serbischen Streitkräfte, die Rückkehr der Flüchtlinge und eine internationale Kontrolle durch 2.000 internationale "Verifikatoren" vorsah.

Den folgenden Winter nutzte die UCK zu einer gründlichen Reorganisation. Ein *Hauptstab* wurde gebildet, das ganze Kosovo in sechs (seit Februar 1999 sieben) *Operative Zonen* aufgeteilt. Den Stab bilden 16 – 20 Personen, und er umfaßt acht *Stabsverwaltungen*, deren wichtigste die von Hashim Thaci (dem albanischen Verhandlungsführer in Rambouillet) geführte *Politische Verwaltung* ist, sowie einige Dienste. Dieses neue Subordinationsgeflecht ging einigen zu weit, unter ihnen der ehemalige Kommandant im Südosten Hajdin Abazi (bekannter unter seinem Tarnnamen Lum Haxhiu), der den Dienst in der UCK aufgab "und ins Zivilleben nach Deutschland zurückkehrte".

Offizieller UCK-Oberbefehlshaber ist Sulejman Selimi Sultan, dessen Kompetenzen indessen nicht recht klar werden. Offenkundig war seine Ernennung während der ersten "Runde" in Rambouillet der Kompromiß in einem Streit mit dem harten Flügel, der den Rambouillet-Vertrag ablehnte und dessen Sprecher Adem Demaqi sich kurz darauf aus der Politik zurückzog.

Die UCK besteht aus ca. 15 *Brigaden*, die jeweils rund 1.000 Mann zählen und aus *Einheiten* zu 50 – 60 Mann zusammengesetzt sind. Je nach Größe der diversen Operativen Zonen sind 1 – 4 Brigaden in jeder disloziert. Weiterhin wurde ein relativ effiziente System von mehrwöchigen *Kursen* für Unteroffiziere und eine *Militärakademie* für die Offiziersbildung geschaffen, ohne das Beharren lokaler Kommandanten auf operativer, logistischer und finanzieller Unabhängigkeit aus der Welt schaffen zu können. Auch taktische Grundfehler – Frontalangriffe kompakter Gruppen, keine Verbindungen unter den Kampfgruppen, kein Zusammenspiel unter ihnen, Verteidigung der Dörfer aus Häusern heraus (was dem Gegner Artillerieeinsatz erlaubt) – sind eher die Regel als die Ausnahme.

Noch mitten im Kampf bereitet sich die UCK auf die Zeit danach vor und hat in den von ihr kontrollierten Regionen eine *Zivilverwaltung* eingerichtet, die aus der Politischen Verwaltung herausgenommen und Ende 1998 als *Sekretariat für öffentliche Ordnung und Zivilverwaltung* unter der Leitung des früheren UCK-Sprechers Jusup Krasniqi konstituiert wurde. In Rambouillet war die UCK von der internationalen Gemeinschaft als vollwertiger Gesprächspartner

akzetyiert worden, was deren Selbstbewußtsein so stärkte, daß sie daran ging, Rugova und seine "Regierung" unter dem in Bonn praktizierenden Urologen Bujar Bukoshi auszubooten. Der 29jährige Hashim Thaci bildete eine neue "Regierung", in der Vertreter der UCK und der *Demokratischen Gemeinschaft* – einer Koalition aus fünf Parteien unter Führung des langjährigen Rugova-Kritikers Rexhep Qosja – präsent sind. Diesem "Putsch" begegnete die Bukoshi-"Regierung", die noch immer über 300 Mio. Dollar Vermögen verfügen soll, mit der Aufstellung von *Streitkräften der Republik Kosova*, die aber von der UCK aufgerieben und deren Führer Tahir Zema zur Flucht nach Albanien gezwungen wurde.

Gegenwärtig zählt die UCK 24.000 Angehörige, wozu noch dieselbe Anzahl an "Rekruten" kommt. Wenn nicht alles täuscht, arbeitet die Zeit für sie, die immer mehr internationale Billigung findet. Wird sie eines Tages sogar finanzielle und logistische Unterstützung kommen, um gewissermaßen als Bodentruppe im Kosovo die NATO-Luftschläge weiterzuführen? Das wäre zwar, mit Blick auf Albanien, Makedonien und Montenegro, eine absolute Horror-Vision, die sich indessen angesichts wachsender NATO-Sorgen um die Effizienz der eigenen Aktion und vermehrter Rufe nach Bodentruppen nicht mehr ausschließen läßt. Schließlich weiß man noch aus Bosnien, daß Kriege *nicht* aus der Luft gewonnen werden, sondern daß Siege und Nachkriegsregelungen durch die Kombination von Luftschlägen, Bodentruppen und Friedensprogramm erreicht werden – und Bodentruppen hat die NATO überhaupt nicht, ein Friedensprogramm nur zum Teil.

## 6. Montenegro: (k)eine "interne Angelegenheit" Serbiens?

*Zemlja Bogu za leđima* (Land hinter Gottes Rücken) pflegen die Serben Montenegro zu nennen, und das klingt ganz freundlich. Mit 13.812 Quadratkilometern war das Land die kleinste Republik Ex-Jugoslawiens, bewohnt von rund 643.000 Einwohnern (1997), unter denen die Volkszählung von 1991 89.614 Muslime, 57.453 Serben und 40.415 Albaner als größte nationale Minderheiten ermittelte.<sup>76</sup> Auch die Montegriner haben nichts gegen Serbien, da wohl (fast) jeder von ihnen verwandtschaftliche Beziehungen hinüber hat. Diese dürften auch der gewichtigste Grund dafür sein, daß die BR YU noch nicht auseinandergebrochen ist – sagte Präsident Milo Đukanović reichlich unverblümt am 28. April 1998 in einem Vortrag in Bonn.<sup>77</sup> Ohne diesen familiären Rückhalt hätten die Montenegriner ein Jahr später mehr als einen Grund aus dem unseligen Bündnis mit dem unseligen Milošević, das ihnen Bomben bescherte, zu fliehen. Einen "fatalen Autokraten, der den Weg zum Frieden auf dem Balkan blockiert", nannte Đukanović am 6. April 1999 in einem TV-Interview Milošević, und er fuhr fort: "Milošević ist die Ursache der meisten Probleme auf dem Balkan, und wegen seiner Veranlagung ist er als Person unfähig, zu ihrer langfristigen Lösung beizutragen. Die Ursache von allem muß ausgemerzt werden, nämlich die problematische, katastrophale und

---

<sup>76</sup> Zahlen nach: Statistički godišnjak Jugoslavije 1998, Belgrad 1998, S. 68.

<sup>77</sup> Eigene Tonaufnahme des Verfassers, W.O.

autokratische Politik, die Milošević führt und die nur ein Ziel hat, den Erhalt seiner unerschütterlichen Macht".<sup>78</sup>

Das war zwar in seiner Art das bislang härteste Urteil des Montenegriners über den jugoslawischen Präsidenten, aber es stand in einer langen Linie einer sich vertiefenden Feindschaft zwischen dem jungen Đukanović (\*1962) und seinem einstigen "Ziehvater" Milošević. 1995 war der damalige Premier Montenegros zu dem Belgrader auf Distanz gegangen, Ende 1996 brach er mit ihm völlig, nachdem seine Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) die republikanischen Parlamentswahlen vom 3. November 1996 glänzend gewonnen hatte (49,9% der Stimmen, 63,4% der Sitze) und damit auch 20 der 30 montenegrinischen Sitze im Bundesparlament eroberte.<sup>79</sup> Im Herbst 1997 gewann er die Präsidentschaftswahlen gegen den Amtsinhaber und Milošević-Favoriten Momir Bulatović. Milošević merkte rasch, daß für ihn aus Montenegro ein schärferer Wind wehte, denn wann immer er mit SPS-Delegationen versuchte, Einfluß zu nehmen, wurde ihm von Đukanović kühl bedeutet, er möge doch Angelegenheiten von Parteien nicht mit denen des Staates vermischen, und Montenegro sei nun einmal ein souveräner Staat.<sup>80</sup> Also versuchten Milošević und Bulatović im Januar 1998, die Inauguration des neuen Präsidenten Đukanović durch gewalttätige Demonstrationen ihrer Anhänger zu verhindern, was aber mißlang.<sup>81</sup> Ende Mai 1998 drohte Milošević gar mit einem Militärputsch, holte sich bei den anstehenden Parlamentswahlen aber eine noch größere Abfuhr: Die *Sozialistische Volkspartei* (SNP, Momir Bulatović) wurde geschlagen – von der *Koalition für ein besseres Leben – Milo Đukanović*, gebildet aus DPS (Milo Đukanović), *Nationalpartei* (NS, Novak Kilibarda) und *Sozialdemokratischer Partei* (SDP, Žarko Rakčević). Milošević hatte geglaubt, mit der Ernennung von Bulatović zum Ministerpräsidenten der BR YU dessen Wahlchancen verbessern zu können, hatte sich damit aber zweifach getäuscht: So deutlich durfte man den Wählern nicht demonstrieren, wer die Marionette war und wer die Fäden zog, und die Wahlsieger hatten eine prächtige Gelegenheit, dem Bundespremier die Gefolgschaft aufzukündigen.<sup>82</sup> Montenegrinern wird eine Vorliebe für "epische Formulierungen" nachgesagt, aber Đukanović drückte sich damals sehr direkt aus:

Herr Bulatović kann sich nicht mit der Tatsache abfinden, daß Montenegro ihm das Vertrauen entzog, und er will sich an ihm rächen. Uns fällt überhaupt nicht ein, ihm zu erlauben, so mit montenegrinischen Nationalinteressen umzugehen. Wir haben gesagt, daß für uns die Beschlüsse seiner sogenannten Regierung nicht verbindlich sind, und daß wir in der Republik alles Notwendige tun werden, um unsere nationalen Interessen zu schützen. Das gilt auch für den Schachzug der Regierung und es wird weitergehen, solange Herr Milošević nicht unseren Vorschlag akzeptiert, entsprechend den demokratischen Gepflogenheiten und konstitutionellen

---

<sup>78</sup> Bericht in: Nova Makedonija (Skopje), 8.4.1999.

<sup>79</sup> Goati, Novembarški... a.a.O., S. 16ff.

<sup>80</sup> Stojan Cerović: Vlarar bez zemlje, in: Vreme, 2.8.1997, S. 10-11.

<sup>81</sup> Velizar Brajović: Drugi "bombaški proces", in: Vreme, 24.1.1998, S. 9-12.

<sup>82</sup> Roksanda Ninčić: Scenario rata i raspada, in: Vreme, 16.5.1998, S. 6-9.

Normen dieses Landes das Mandat des Bundespremiers der politischen Mehrheit Montenegros zu übergeben.<sup>83</sup>

"Dieser Schachzug" – das war ein Synonym für die mehr oder minder schmerzhaften Nadelstiche, die aus Belgrad gegen die Wirtschaft Montenegros geführt wurden: verweigerte Rentenzahlungen, verbotene Grenzübergänge nach Kroatien, Schließung der Flughäfen von Podgorica und Tivat "wegen technischer Mängel" und vor allem der "Zollkrieg", den Serbien Ende 1996 gestartet hatte, um den Warenfluß aus und nach Montenegro zu kontrollieren und die dortige Führung ökonomisch zu knebeln. Inzwischen hat Montenegro den "Zollkrieg" nicht nur gewonnen – es hat sich auch eine Art Vorprüfung zugebilligt, ob Verfügungen der Bundesregierung "schädlich" für Montenegro sein könnten, in welchem Falle sie ignoriert würden.<sup>84</sup> Beispielsweise hatte die Bundesregierung am 18. Juli 1997 den Hafen Zelenika geschlossen – "wegen internationalen Schmuggels ausländischer Zigaretten, Drogen und Waffen". Mitte Februar 1999 ließ Jusuf Kalamperović, montenegrinischer Minister für Verkehr und Seefahrt, den Hafen wieder öffnen, ohne sich um massive serbische Polemik zu kümmern, die montenegrinische Regierung mache gemeinsame Sache mit der italienischen Mafia.<sup>85</sup> Das *Recht* dazu hat Montenegro *nicht*, weil seine Verfassung, anders als die serbische, entsprechende Paragraphen nicht enthält, aber es fühlt sich von der Bundesregierung so bedrängt und geschädigt, das es das Recht einfach in Anspruch nimmt – aus Notwehr sozusagen.<sup>86</sup> Im übrigen kam es auf einen Streit mehr oder weniger gar nicht mehr an: Das ganze Jahr 1998 war extrem konfliktrichtig, und die erwähnte Putschdrohung Miloševićs scheiterte nicht zuletzt daran, daß "es Perišić nicht im Traum einfiel, militärisch zu intervenieren". Das dürfte dann auch das Schicksal des Generals besiegelt haben (neben den anderen erwähnten Streitpunkten), über das unter den drei Präsidenten entschieden wurde: Milošević und Milutinović stimmten für, Đukanović gegen die Entlassung von Perišić.<sup>87</sup>

*Montenegro wird immer mit Serbien sein, aber niemals unter Serbien*, sagte Vizepremier Kilibarda, und das heißt im Klartext, daß Montenegro zwar den Bundespräsidenten anerkennt, aber die Legitimität von Bundesregierung, -Parlament, -Gericht etc. bestreitet, keine Sonderabgaben entrichtet (z.B. für die Armee), keine im Lande eingenommenen Bundeseinkünfte abführt, Beratungen des Bundes-Budgets boykottiert etc. Und das war nur der Anfang: Das neue *Staatsbürgergesetz* wird die Abkehr von Serbien vertiefen – das *Gesetz über das Staatseigentum* wird der Jugoslawischen Armee (VJ) Kasernen und Flughäfen wegnehmen und von Belgrad die Rückgabe des Auslandsvermögens des früheren *Königreichs Montenegro* fordern. Das alles tut man mit dem besten Gewissen, wie Premier Filip Vujanović (\*1954) erklärte:

---

<sup>83</sup> Zit. n. Velizar Brajović: Slovenački sindrom, in: Vreme, 1.8.1998, S. 16-17.

<sup>84</sup> Božidar I. Miličić: Carinski rat – Tanjenje živaca, in: NIN, 4.3.1999, S. 21-22.

<sup>85</sup> M. Vico: Šverc briše zakone, in: Dnevnik (Novi Sad), 18.2.1999, S. 5.

<sup>86</sup> Vuković, Sirova... a.a.O.

<sup>87</sup> Milivoje Glišić: General Perišić, in: NIN, 3.12.1998, S. 9.

Wir wollen den Bundesstaat nicht zerschlagen. Wir sind gegen eine Bundesadministration, die Jugoslawien zerschlägt. Alle Maßnahmen, die die Bundesregierung zum Schaden Montenegros unternimmt, kann man zerstörerisch für Jugoslawien nennen. Wenn die also mit ihrer Politik fortfahren, dann machen die sich an die Zerschlagung Jugoslawiens. Wir aus Montenegro wollen nicht zerschlagen, denn wir von der DPS meinen, daß wir in die Integration gehen müssen und daß wir in der Föderation unser ökonomisches, politisches, kulturelles und überhaupt jedes Interesse verwirklichen.<sup>88</sup>

Diese Situation hat sich seit Februar 1999 ständig verschärft. Milošević schickte Bulatović mehrfach nach Montenegro, um dort die gemeinsame Gefahr durch die NATO zu beschwören und deren vereinte Abwehr anzumahnen.<sup>89</sup> Momir Bulatović und Bundesverteidigungsminister Pavle Bulatović sorgten sich insbesondere um die Bereitschaft der 2. Armee und der Kriegsmarine der VJ, deren Kommandos in Podgorica sind; dort war soeben beschlossen worden, Montenegro um jeden Preis aus drohenden Kriegshandlungen herauszuhalten, was führende Militärs als Sabotage am "einheitlichen Verteidigungs- und Sicherheitssystem des Landes" sahen, weswegen sie die Beschlüsse der montenegrinischen Regierung nicht befolgen wollten.<sup>90</sup> Die Regierung wiederum hatte erklärt, alle legalen Möglichkeiten ausschöpfen zu wollen, um das eigene Territorium vor einem eventuellen militärischen Zusammenstoß mit der internationalen Gemeinschaft zu schützen. Die entsprechenden Maßnahmen kamen dann auch in rascher Folge: Gesetz über Wahl und Abberufung von Abgeordneten aus dem Bundesparlament, Resolution über die Verteidigung montenegrinischer Interessen in diesem Parlament, Resolution über den Rechtsschutz montenegrinischer Bürger im Wehrdienst im Kosovo, Regierungsanordnung über Verteidigungsausgaben etc.<sup>91</sup> Wenn der montenegrinische Stuhl in Rambouillet leer bleibe, drohte man in Podgorica, dann werde es bald einen besetzten montenegrinischen Stuhl in New York geben – also einen souveränen Staat Montenegro in den Vereinten Nationen.<sup>92</sup>

Das in seiner demokratischen und wirtschaftsreformerischen Entwicklung ungleich fortgeschrittener Montenegro<sup>93</sup> gibt sich zunehmend selbstbewußter, denn es stellte die systemare und personelle Alternative zum Milošević-Regime dar – "Montenegro ist von Serbien schon so getrennt, wie es vollständiger nicht sein kann".<sup>94</sup> Nur den letzten Schritt der rechtsgültigen Trennung will es nicht tun. Aus Angst vor Belgrad oder in der stillen Hoffnung, daß Serbien sich selber von ihm lossagt? Für den Moment dringen die rund 600.000 Montenegriner darauf, neben den rund 17mal mehr Serben absolut gleichwertig und gleichberechtigt zu sein – fordert Milo Đukanović:

---

<sup>88</sup> Zit. N. Velizar Brajović: Kuda ide Crna Gora?, in: Vreme, 28.11.1998, S. 10-11.

<sup>89</sup> Bericht in: Dnevnik, 15.3.1999.

<sup>90</sup> Bericht in: Dnevnik, 23.2.1999.

<sup>91</sup> Bericht in: Dnevnik, 26.2.1999.

<sup>92</sup> Milosav Milkin: Rambuje i crnogorski stručnjaci", in: Borba (Belgrad), 18.2.1999.

<sup>93</sup> Aleksander Fatić: The Montenegrin Transition: A Test Case, in: South East Europe Review, Nr. 4/1998, S. 31-34.

<sup>94</sup> Stojan Cerović: Spor slobode i Slobe, in: Vreme, 30.5.1998, S. 12-13.

Wir wünschen Jugoslawien, sofern es zwei Voraussetzungen erfüllt. Erstens muß Montenegro in ihm gleichberechtigt sein, und zweitens muß dieses Jugoslawien eine Perspektive haben. (...) Wir wollen in der jugoslawischen Föderation fünfzig Prozent haben, und zwar in der obersten Führung des Bundesstaates und in der Nationalbank und im Bundesgericht und im Bundesverfassungsgericht und in allen relevanten Institutionen der Bundesregierung. (...) In der zweigliedrigen Föderation will Montenegro fünfzig Prozent dieser Föderation sein.<sup>95</sup>

Was kann Montenegros jetzige Führung wirklich erreichen? Sie hat versucht, sich mit Verweigerung bzw. Abzug von Soldaten aus Miloševićs Krieg im Kosovo herauszuhalten,<sup>96</sup> worauf Bulatović erst vom Verfassungsgericht verlangte, dem Land die staatliche Souveränität wegzunehmen<sup>97</sup> und es dann öffentlich anklagte, auf seinem Territorium 800 Kämpfer der albanischen UCK zu beherbergen.<sup>98</sup> Ganz allgemein beschuldigt die Propaganda des Regimes Montenegro, aus Angst vor den Albanern und aus Abneigung gegen die BR YU die eigene Republik stillschweigend zu einer Art albanischem Aufmarschgebiet zu machen.<sup>99</sup> Je mehr die Wirtschaft Serbiens verfällt, je drückender Miloševićs Zensurgesetze werden, desto mehr Betriebe siedeln nach Montenegro über (bislang etwa 20.000), vor allem aus dem Medienbereich – was Belgrader Medien als montenegrinischen Raub von serbischen Menschen, Anlagen, Gütern und Geldern interpretieren, als "Okkupation des Besitzes von Firmen aus Serbien", als montenegrinische Nachahmung des "slovenischen Syndroms" von 1991.<sup>100</sup> Im Maße der Agonie des Regimes wächst freilich auch die Gefahr, daß dem Land ein serbischer Militärschlag droht. Diese Gefahr begann nicht erst mit der Absetzung des Generalstabschefs Momčilo Perišić Ende letzten Jahres,<sup>101</sup> vielmehr war sie bereits zu den Wahlen im Mai 1998 so mit Händen greifbar, daß "die internationale Gemeinschaft ziemlich starke Signale aussandte, daß sie das nicht hinnehmen werde".<sup>102</sup> Im Januar 1999 äußerte sich Moskau ähnlich, nämlich "daß es nicht mehr die Interessen Jugoslawiens vertreten könnte, sofern es nicht zu einer Aussöhnung zwischen dem Präsidenten der BRJ, Herrn Milošević, und dem Präsidenten Montenegros, Herrn Đukanović, käme".<sup>103</sup> Scheinbar hat das nicht viel genützt, denn im März 1999 kam Miloševićs bislang letzter Versuch, in Montenegro einzugreifen: Als VJ-Oberbefehlshaber setzte er General Martinović, Kommandant der in Montenegro stationierten 2. Armee, ab und ersetzte ihn durch General Obradović. Dabei verlautete auch, daß es der alte Kommandant abgelehnt hatte, Đukanović und andere Prominente durch die Militärpolizei verhaften zu lassen, was dann Unruhen in Podgorica, Nikšić, Bijelo Polje und anderswo hervorgerufen hätte, die der VJ als Vorwand zum Eingreifen dienlich gewesen wären. Außer einigen "persönlichen Provokationen", meist von

---

<sup>95</sup> Božidar T. Miličić: Strah u tri čina, in: NIN, 14.1.1999, S. 16-17.

<sup>96</sup> Velizar Brajović: Regrutska politika, in: Vreme, 4.7.1998, S. 19.

<sup>97</sup> Vuković, Sirova... a.a.O.

<sup>98</sup> Božidar I. Miličić: Jataci i hajduci, in: NIN, 18.3.1999, S. 22.

<sup>99</sup> Milosav Milkin: Zašto ćuti Crna Gora? Specijalni status put ka velikoj Albaniji, in: Borba, 16.2.1999, S. 6.

<sup>100</sup> Milosav Milkin: Izgubljeni građani, in: Borba, 15.3.1999, S. 6.

<sup>101</sup> Miloš Vasić: Čistka traje, in: Vreme, 28.11.1998, S. 6-8.

<sup>102</sup> Dragoljub Žarković, Velizar Brajović: Startno mesto normalnih, in: Vreme, 30.5.1998, S. 6-8.

<sup>103</sup> Luka Mičeta: Ko je koga zvao?, in: Vreme, 28.1.1999, S. 14.

"betrunkenen Reservisten" verübt, geschah nichts, vielmehr ging der Zustrom montenegrinischer Reservisten zur VJ gegen Null, während die Truppen des montenegrinischen Innenministeriums einen wahren Ansturm Freiwilliger verzeichnen konnten. Das wiederum setzte diese Truppen instand, eine beträchtliche Stärke aufzuweisen, vergleichbar den *Territorialverteidigungen* in Slowenien und Kroatien vor zehn Jahren, die damals der JNA erfolgreichen Widerstand leisteten.<sup>104</sup>

Rein militärisch scheint Montenegro diesen Krieg der Nerven und Provokationen gewonnen zu haben oder bald zu gewinnen, obwohl nach wie vor Fachleute aus Montenegro und Serbien überzeugt sind, daß "es sehr realistisch ist, irgendeine Art Aggressionsstrategie des serbischen Regimes gegen Montenegro zu erwarten". Milošević sei seit langem mit einer verdächtigen Umstrukturierung der Armeespitze beschäftigt, und von Aktionen gegen Montenegro halte ihn wohl nur ab, daß "der auswärtige Faktor – USA, Europäische Union und NATO – dagegen sind".<sup>105</sup>

Das war im Januar 1999. Seither hat eben dieser "auswärtige Faktor" gegen Milošević mobil gemacht, doch der zeigt noch keine Wirkung. Wer oder was könnte ihn noch aufhalten, wenn er wirklich gegen Montenegro losschläge? Vielleicht nur noch die Entscheidung, ob er an Montenegro *oder* an Momir Bulatović festhalten wolle. Offenkundig wollte Đukanovićs DPS dabei zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, als sie Mitte März 1999 den serbischen Machthabern Gespräche über die Zukunft der BR YU vorschlug, die natürlich von der absoluten Gleichberechtigung Montenegros in der Föderation auszugehen haben – und bei diesen Gesprächen sei die Beteiligung von Bulatovićs SNP "überflüssig und unnötig".<sup>106</sup>

Was plant Milošević? Mitte Januar 1999 soll er Đukanović das Amt des Bundespremiers angeboten haben, was dieser ablehnte.<sup>107</sup> Im März sagte Dragan Tomić, daß es in Serbien keine "Verräter" mehr gäbe, nur noch einen in Montenegro, der Đukanović heiße.<sup>108</sup> In den Wochen danach folgte dann die Resolution des montenegrinischen Parlaments, daß momentan die Erhaltung des inneren Friedens im Lande das höchste Ziel sei, an dem alle Parteien mitwirken müßten. Dieser Resolution stimmte auch Bulatovićs SNP zu – um anschließend ihre "Anti-NATO-Meetings" mit der "erkennbaren großserbischen Ikonographie" zu veranstalten. Die Regierung verbot diese Symbole, mehrheitlich Bilder von Milošević, womit aus den "Meetings" Unterhaltungskonzerte wurden – sehr zur Freude der Besucher, die andererseits immer noch in Furcht leben. Und die täglich nach Montenegro strömenden Kosovo-Flüchtlinge, Mitte April bereits rund 100.000, waren geeignet, diese Furcht nicht verstummen zu lassen.<sup>109</sup>

---

<sup>104</sup> Sead Sadiković: Crna Gora – Hoće li eksplodirati?, in: Dani, 12.4.1999, S. 27.

<sup>105</sup> Aleksandar Fatić, Miroslav Hadžić (Interview): Milošević sprema udar na Crnu Goru?, in: Svijet (Sarajevo), 10.1.1999, S. 24-26.

<sup>106</sup> Meldung in: NIN, 18.3.1999, S. 6.

<sup>107</sup> Mičeta, Ko je koga... a.a.O.

<sup>108</sup> Bernhard Küppers: Druck auf Djukanovic wächst, in: Süddeutsche Zeitung, 30.3.1999.

<sup>109</sup> Sadiković, Crna Gora... a.a.O.

Die Flüchtlinge könnten eine der wohl größten Leistungen Montenegros, sein (im Vergleich zu Milošević-Praktiken) exemplarisches Verhältnis zu den Albanern im Lande, erschweren. Schon der montenegrinische König Nikola (1860-1916) hatte stets darauf geachtet, daß seine Untertanen mit den "Arbanassen" gut auskämen, und Đukanović tut das nicht minder. Vor Beginn der jüngsten Flüchtlingsströme lebten rund 40.000 Albaner in Montenegro (ca. 7 Prozent der Bevölkerung), von denen 25.000 Muslime, der Rest Katholiken waren. Speziell zwischen letzteren und Montenegrinern bestand stets ein so entspanntes Verhältnis, daß Mischehen keine Seltenheit waren, die zwischen Montenegrinern und muslimischen Albanern "nie beobachtet" wurden. Politisch sind die Albaner durch den *Demokratischen Verband* unter Mehmet Bardhi und die *Demokratische Union der Albaner* unter Ferhat Dinosa vertreten, zudem sind die zwei DPS-Abgeordneten Martin Ivezaj und Džemal Vuković ethnische Albaner. Mit den Albanern hat Đukanović im September 1997 ein *Abkommen über ein Minimum von Prinzipien für die Entfaltung einer demokratischen Infrastruktur* ausgehandelt, das Rechte und Förderungsmöglichkeiten der Albaner festschrieb und damit, so der Abgeordnete Ivezaj, "die politischen Beziehungen in dieser Republik entspannte". Wie sehr das zutrifft, kann man an Wahlergebnissen ablesen: Die Albaner Montenegros haben ihre beiden Parteien ins Parlament gebracht, dazu noch einige Landsleute über montenegrinische Parteien, während die rund 100.000 Bošnjaci wohl so stark für Đukanović stimmten, daß ihre *National-Partei der demokratischen Aktion* (SDA) an der Drei-Prozent-Hürde scheiterte. Und die etwa 7.000 Kroaten in Montenegro haben gar nicht erst den Versuch einer eigenen politischen Repräsentanz unternommen.<sup>110</sup>

## 7. Sandžak und Vojvodina: Konflikte im Wartestand?

Anfang April 1999 bat Alija Izetbegović, (Mit-)Präsident Bosnien-Herzegovinas, die Organisation der Islamischen Konferenz um Beistand für die Muslime (oder die bošnjakische Minderheit) des Sandžak, die erneut vom serbischen Regime verfolgt würde.<sup>111</sup> Seit 500 oder mehr Jahren leben im Sandžak – der strategisch wichtigen, ökonomisch armen Region (8.671 km<sup>2</sup>) zwischen Serbien und Montenegro, die bis 1912/13 zum Osmanischen Reich gehörte und Teile des Kosovo samt Prishtina einschloß – slavische Muslime, die das ethnoreligöse Verbindungsglied zwischen bosnischen Muslimen und muslimischen Kosovo-Albanern bilden. Die Verbindung zum Kosovo scheint abgerissen, denn Kosovo-Flüchtlinge sind in Bosnien unbeliebt und werden nur mit dem Nötigsten versorgt.<sup>112</sup> Kaum fester ist die Verbindung nach Bosnien, nachdem sich die Muslime des Sandžak seit Jahren als *bošnjaci* bezeichnen. Diese Umbenennung haben sie selber vorgenommen, und sie scheint in Bosnien nicht gern akzeptiert, anderswo noch unbekannt zu sein.<sup>113</sup> Dabei gibt es durchaus eine historische Begründung dafür: 1878 hatte der Berliner Kongreß Österreich-Ungarn beauftragt,

---

<sup>110</sup> Božidar I. Miličić: Albanci u Crnoj Gori – Pozitivna diskriminacija, in: NIN, 17.12.1998, S. 16-17.

<sup>111</sup> Bericht in: Nova Bosna, 9.4.1999, S. 2.

<sup>112</sup> Nijaz Duraković: Kosovo i Bosna – Pihtija konformizma, in: Svijet, 4.10.1998, S. 16-17.

<sup>113</sup> Senad Pećanin: Sandžački Bošnjaci i Šumadinski Dalmatinci, in: Dani, 12.4.1999, S. 40-41.



Bosnien und den *Sandžak Novi Pazar* militärisch zu kontrollieren und zu verwalten, und was als temporäre Lösung gedacht war, wurde 1908 durch die Wiener Annexion der beiden Provinzen zur Dauerlösung – die erst in den Balkankriegen 1912/13 endete, als Serbien und Montenegro den Sandžak zurückeroberten und unter sich aufteilten. Noch länger hatte jedoch die Osmanische Fremdherrschaft gedauert, während der der Sandžak seit Mitte des 15. Jahrhunderts ein wichtiges Militärzentrum wurde, von dem aus die Feldzüge nach Westen und Nordwesten starteten, zudem eine bedeutende Handelsstation an der Straße von Istanbul über Novi Pazar bis nach Sarajevo und Travnik, der 1908 die *Sandžak-Bahn* von Sarajevo bis Thessaloniki folgen sollte.<sup>114</sup>

Im Sandžak (dem altserbischen *Raška*) lebt die Mehrheit der 1991 in der BR YU gezählten 336.025 Muslime; nach dem Ersten Weltkrieg waren sie Opfer serbischer Verfolgungen durch Četniks, im Zweiten durch kroatische *Ustaše*. Nach 1945 wurde der Sandžak zwischen Serbien und Montenegro aufgeteilt. Die Serben betrachteten die Menschen des Sandžak stets als "Türken", aber als diese am 20. Oktober 1990 in einer Volksabstimmung *Autonomie* für sich forderten, lehnte Belgrad dieses Ansinnen sofort ab, da sie alle "echte Serben" seien. Dr. Sulejman Ugljanin, Leiter des *Muslimischen Nationalkomitees für den Sandžak*, forderte für seine Leute dieselben Rechte, die Milošević für die Serben in Kroatien verlangte. Daraus wurde nichts, vielmehr kam es nach 1992 erneut zu Gewalttaten und Vertreibungen der autochthonen Bevölkerung.<sup>115</sup>

1998 war für den Sandžak ein relativ ruhiges Jahr, nachdem die Behörden am 10. Juli 1997 für die Hauptstadt Novi Pazar eine *Zwangsverwaltung* (prinudna uprava) eingesetzt hatten. Damit wollte man die im November 1996 siegreiche *Liste für den Sandžak – Dr. Sulejman Ugljanin* treffen, die in den Wahlbezirken 19 (Užice) und 21 (Kraljevo) zusammen 62.111 Stimmen und in Novi Pazar 33 von 47 Sitzen im Stadparlament gewonnen hatte. Im Mai 1998 verkündete das Serbische Verfassungsgericht, daß dieser Wechsel rechtmäßig sei, worauf auch in anderen Gemeinden ähnliche Zwangsverwaltungen eingeführt wurden. Sie verboten beispielsweise Schreibmaschinen mit lateinischer Schrift, ordneten den ausschließlichen Gebrauch Belgrader Sprachkonventionen (*Ekavica* statt der bei Bošnjaken üblichen *Ijekavica*) an, beschuldigten die *Sandžak-Liste* der Geldverschwendung (für Reisen von Ugljanin, für muslimische Organisationen etc.), brachten lokale Medien auf strikte Milošević-Linie, diskriminierten die Muslime bei der Vergabe von Arbeitsplätzen u.v.m.<sup>116</sup>

Die Lage im Frühjahr 1999 nahm sich verworren aus. Einerseits sprach Ugljanin, nunmehr Chef des *Bosnischen Nationalrats des Sandžak* (Bošnjačko nacionalno vijeće Sandžaka) davon, daß das Regime mittels Patrouillen bewaffneter Freischärler, unter ihnen auch solche

<sup>114</sup> Milorad Basović: Novi Pazar, in: Mihailo Maletić et al. (Hrsg.): *Socijalistička Republika Srbija*, Bd. III, Belgrad 1985, S. 540ff.

<sup>115</sup> Tilman Zülch (Hrsg.): "Ethnische Säuberung" – Völkermord für "Großserbien", Luchterhand Flugschrift 5, Hamburg/Zürich 1993, S. 149ff.; Svein Moennesland: *Land ohne Wiederkehr – Ex-Jugoslawien: Die Wurzeln des Krieges*, Klagenfurt 1997, S. 458ff.

<sup>116</sup> Jahresbericht 1998 des *Humanitarian Law Center* zur Lage der Menschenrechte in der BR Jugoslawien, Beilage in: *Vreme*, 9.1.1999.

aus der bosnischen *Republika srpska*, planmäßig eine Furcht unter den Einwohnern erzeuge, die durch die offizielle Verkündung des Kriegszustands verstärkt würde und die Menschen zur Flucht nach Bosnien triebe. Ugljanin hatte darüber mit der UN-Menschenrechtsbeauftragten Elisabeth Rehn gesprochen und beklagte sich über bosnischen Medien, die mit Meldungen von 20.000 und mehr Flüchtlingen diese Panik noch vergrößerten.<sup>117</sup> Andererseits steht zweifelsfrei fest, daß es eine Massenflucht gab: Ende März und Anfang April 1999 trafen 5.-6.000 Flüchtlinge aus dem Sandžak in Bosnien ein, womit sich ihre Zahl auf rund 11.000 verdoppelte. Betreut wurden sie von der *Vereinigung der Bošnjaken aus dem Sandžak*, und viele hatten Gerüchten geglaubt, daß sie von westlichen Botschaften sofort Papiere zur Weiterreise bekämen. Tatsächlich saßen sie alle, wie auch die Kosovo-Flüchtlinge, in Bosnien fest.<sup>118</sup>

Ugljanin gilt bei seinen Landsleuten als unbesonnener und wenig mutiger Mann, der in den letzten Jahren bereits dreimal nach Bosnien flüchtete, wenn sich die Verhältnisse im Sandžak zuspitzten. Auch diesmal scheint er wieder so rechtzeitig verschwunden zu sein, daß er die letzten Ereignisse nicht mehr mitbekam – läßt sich aus einem umfangreichen Interview seines Mitarbeiters Rasim Ljajić schließen.<sup>119</sup> Nach dessen Angaben ist die Massenflucht aus dem Sandžak deshalb zurückgegangen, weil die Bundesregierung eine Schließung der Grenzen für alle wehrfähigen Männer von 18 bis 60 Jahren verfügte, zudem den Muslimen alle Motorfahrzeuge wegnahm – "für die Bedürfnisse der Armee Jugoslawiens". Den bereits geflüchteten Menschen, angeblich bereits 20.000, wurde faktisch die Rückkehr verwehrt, da sie mit Anklagen wegen "Desertion" rechnen müssen. Die eigentliche Angst haben die Menschen vor einer allgemeinen Mobilisierung, was sie im Verein mit ökonomischer Not und politischer Repression zur Flucht treibt. Damit wird die demographische Struktur des Sandžak laufend zu Ungunsten der Muslime verschlechtert, obwohl (meint Ljajić) "Milošević jetzt keine Zwischenfälle im Sandžak gebrauchen kann, solange im Kosovo gekämpft wird".

In Bosnien sind Flüchtlinge aus dem Sandžak höchst unbeliebt und werden schlichtweg ausgebeutet – "man behauptet, daß die Mieten seit der Ankunft der Sandžak-Flüchtlinge drastisch angestiegen sind", weswegen "einige nach zwei Tagen Aufenthalt in Sarajevo zurückgekehrt sind". Bei der bosnisch-muslimischen *Partei der Demokratischen Aktion* (SDA) besteht ein von Enes Pelidija geleitetes *Expertenteam für den Sandžak*, das an dieser Lage wenig ändern kann. Der Sandžak wartet auf eine Lösung im Kosovo, für die nach Meinung Ljajićs vier Möglichkeiten in Betracht kommen: 1. Das Kosovo bekommt völlige Unabhängigkeit, vor allem falls die NATO Bodentruppen einsetzt. 2. Aus dem Kosovo werden nahezu alle Albaner vertrieben. 3. Serbien akzeptiert die derzeitige Lage im Kosovo und willigt in dessen Teilung ein. 4. Im Kosovo wird irgendeine Art "Übergangsverwaltung" eingerichtet, nach deren Ablauf eine endgültige Lösung vereinbart wird. Bosnische Experten sehen künftige Entwicklungen radikaler: Die NATO-Bombenangriffe auf jugoslawische Brücken, Straßen und Gleise haben auch den Effekt, daß die Kommunikation zwischen

---

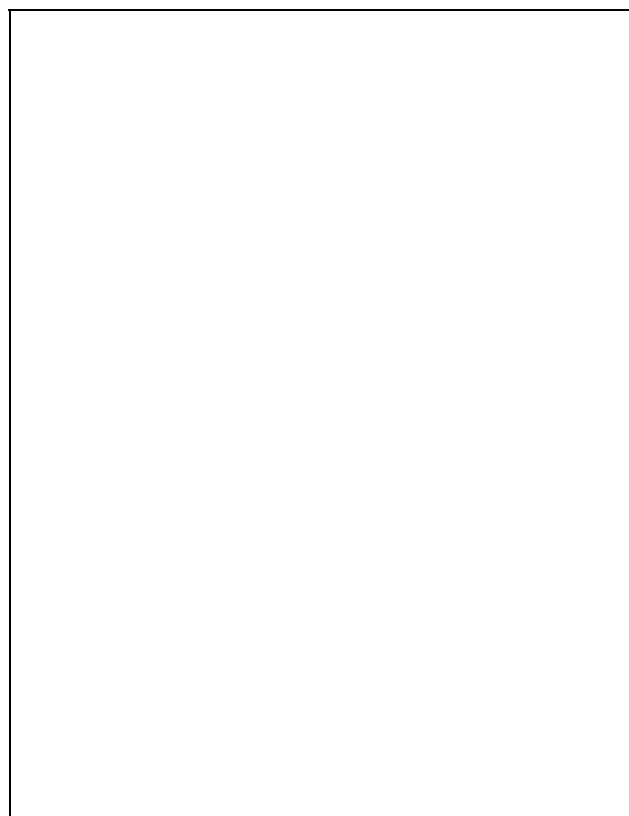
<sup>117</sup> Sulejman Ugljanin (Interview): Čekamo rasplet na Kosovu, in: Ljiljan (Sarajevo) 29.3.-5.4.1999, S. 7.

<sup>118</sup> Bericht in: Ljiljan, 5.-12.4.1999, S. 16-17.

<sup>119</sup> Wortlaut in: Dani, 12.4.1999, S. 30-31.

Belgrad und Montenegro bzw. Vojvodina und Sandžak empfindlich gestört ist, was diesen eine wachsende Atempause verschafft. Im Grunde, meint man, geht es gar nicht mehr so sehr um das Kosovo, vielmehr scheinen manche Indizien darauf zu verweisen, daß die internationale Gemeinschaft gegen das Serbien des Slobodan Milošević insgesamt mobil macht: In Bosnien sind die SFOR-Truppen an der Drina zusammengezogen, also Aug' in Aug' mit Serbien, oder nach Kroatien an die dortige Grenze zu Serbien verlegt worden. Gleichfalls war es wohl kein "Zufall", Ungarn gerade jetzt in die NATO aufzunehmen, da man sein Territorium als Aufmarschgebiet für NATO-Bodentruppen benötigt.<sup>120</sup>

Diese bosnischen Überlegungen klingen kühn, werden aber wahrscheinlicher, wenn man sich



die Zerstörungen durch NATO-Bomben einmal unter *diesem* Aspekt anschaut,<sup>121</sup> wie aber auch unbestreitbar ist, daß auch die Vojvodina unter beträchtlichem Druck aus Belgrad steht. Die im Norden Belgrads gelegene Region kam erst im Juli 1919 zu Jugoslawien,<sup>122</sup> das damit ein reiches und fruchtbares, zudem auch urban-intellektuelles Gebiet erlangte. In der Zwischenkriegszeit gab es hier u.a. eine starke deutsche Minderheit von etwa 380.000 Angehörigen, die nach 1944 nahezu komplett vertrieben wurden, wie auch 160.000 Ungarn, 70.000 Kroaten etc. das Land verlassen mußten. Gemäß der Volkszählung von 1991 lebten in der Vojvodina noch 334.147 Ungarn, von denen bis 1994 über 30.000 des Kriegs und des ökonomischen Niedergangs wegen das Land verließen. Im Detail wies die Vojvodina in den

letzten anderthalb Jahrzehnten die folgende demographische Entwicklung auf:<sup>123</sup>

<b>Jahr</b>	<b>total</b>	<b>Serben (%)</b>	<b>Ungarn (%)</b>	<b>Slowaken (%)</b>	<b>Kroaten (%)</b>	<b>Montenegriner (%)</b>
-------------	--------------	-------------------	-------------------	---------------------	--------------------	--------------------------

<sup>120</sup> Željko Cvijanović: Molitva za Miloševića, in: Dani, 12.4.1999, S. 18-19.

<sup>121</sup> Karte aus: Vesti, 24.4.1999.

<sup>122</sup> Dieser Gebietserweiterung waren in Paris endlose Streitereien mit Ungarn und Rumänien vorausgegangen, die im ersten Fall durch die kommunistische Diktatur von Béla Kun in Ungarn erleichtert, im zweiten Fall durch rumänisches Verhandlungsgeschick erschwert wurden und mit einer Teilung der Region zwischen Jugoslawien und Rumänien endeten, vgl. Gilbert in der Maur: Die Jugoslawen einst und jetzt, Bd. I-II, Leipzig/Wien 1936, zit. Bd. II, S. 23ff.

<sup>123</sup> Petr Morvay: Maďarsko – SR Jugoslávije – V roli rukojmích (Ungarn und die BR Jugoslawien – In der Rolle von Geiseln), in: Respekt (Prag) Nr. 17, 19.-24.4.1999, S. 14-15

<b>1981</b>	2.035.000	1.107.000 (54,4)	385.000 (18,9)	70.000 (3,4)	119.000 (5,9)	43.000 (2,1)
<b>1991</b>	2.014.000	1.144.000 (56,8)	339.000 (16,9)	64.000 (3,2)	98.000 (4,9)	45.000 (2,2)
<b>1996</b>	2.213.000	1.422.000 (64,3)	285.000 (12,9)	60.000 (2,3)	62.000 (2,8)	46.000 (2,1)

In gewisser Weise war die Vojvodina in der Vergangenheit gezwungen, das Schicksal des Kosovo zu teilen, ohne mehr als eine äußerliche Voraussetzung dafür zu haben, nämlich durch die Verfassung von 1974 mit ähnlich weitgehenden Autonomierechten wie die südliche Provinz bedacht worden zu sein. Als das Regime in der geschilderten Weise daranging, im Süden "reinen Tisch" zu machen, glaubte es wohl, aus Gründen politischer Symmetrie in der nördlichen Vojvodina identisch verfahren zu müssen. Das dürfte von allen Fehlern der größte gewesen sein: Im Kosovo lebt eine albanische Mehrheitsbevölkerung, die seit Jahrzehnten aus ihren separatistischen Absichten kein Hehl macht – die Vojvodina ist die Heimat eines Dutzends (oder mehr) ethnischer Gruppen, an deren politischer Loyalität niemals der geringste Zweifel erlaubt war. 1989 half das gar nichts – die politische Autonomie wurde auch hier beseitigt, die Macht "serbisiert", die Medienfreiheit laufend eingeschränkt. In der folgenden Jahren war die Vojvodina sogar noch schlimmer als das Kosovo betroffen, denn bis 1998 lenkte man 40 Prozent der aus Kroatien und Bosnien geflüchteten Serben, also über 300.000 Menschen, in die Vojvodina, während kaum jemand ins Kosovo geschickt wurde. Dieser Zustrom verstärkte in der Vojvodina den ohnehin schon laufenden Exodus von Ungarn, zumal "die Neuankömmlinge mit staatlicher Unterstützung die ständig oder vorübergehend leerstehenden Häuser der bisherigen Bewohner übernahmen, wobei es gelegentlich mitunter zu gewaltsamen Aussiedlungen kam". Ein für das Regime willkommener Nebeneffekt dieser Wohnraumbeschaffung war die generelle Veränderung der ethnischen "Komposition" der Vojvodina. Etwa 20.000 der abziehenden Ungarn waren junge Männer im wehrpflichtigen Alter, denen am dritten Tag nach Beginn der NATO-Aktion jeder Grenzübertritt kategorisch verwehrt wurde.<sup>124</sup>

1996 schien für die Vojvodina (wie für den Sandžak) eine Wende zum Besseren zu kommen: Die oppositionelle Koalition *Zajedno* (Gemeinsam) hatte in zahlreichen Städten gesiegt, dort die Macht übernommen und alle diese Städte in einem *Bund freier Städte und Gemeinden in Serbien* zusammengefaßt. Dieser Bund besteht noch, aber unter dem permanenten Druck der Regierung, dem Zerbrechen von *Zajedno* und dem Übertritt der SPO, 1996/97 stärkster Teil von *Zajedno*, in die Regierung sind die freien Städte mehr und mehr schutzlos geworden.<sup>125</sup> Ihr Bundesvorsitzender Mirko Bajić war am 16. Februar 1999 in Straßburg, wo er vor einem Kongreß europäischer Kommunalpolitiker über die Lage daheim berichtete: Der Bund will bei seiner demokratisch-selbstverwalteten Orientierung bleiben und hat das mit zahlreichen Aktionen unterstrichen – Ausarbeitung alternativer Gesetzesvorschläge, *Charta für ein freies*

<sup>124</sup> ebd.

<sup>125</sup> Dragoš Ivanović: Tekovine na kocki, in: Republika, 16.-28.2.1999, S. 6.

*Serbien, Deklaration* zur Fortführung demokratischer Veränderungen etc., aber "derzeit überwiegt das Bewußtsein, daß die Zentralmacht tatsächlich keine demokratische Lösung von Minderheitsfragen wünscht", sondern mit dem im Sandžak "bewährten" Mittel von Zwangsverwaltungen Stadt für Stadt unter ihre Botmäßigkeit zurückholt.<sup>126</sup>

Dieses Bestreben spüren die Minderheiten am eigenen Leibe. Beispielsweise lebt der größte Teil der 74.808 in Jugoslawien ansässigen Kroaten (1991) in der Vojvodina, doch genießen diese hier keinerlei kulturelle Rechte oder Möglichkeiten. Nominell besser geht es den Ungarn, derzeit schätzungsweise noch um die 250.000 Menschen, die in sieben Kommunen die Bevölkerungsmehrheit stellen und deren Sprache in 32 (von 45) Kommunen als gleichberechtigte offizielle Sprache gilt. Für die Ungarn bestehen 83 Grund- (von 342) und 28 Mittelschulen (von 112) mit ungarischer Unterrichtssprache, doch werden die Lehrpläne für diese vom serbischen Bildungsministerium *ohne* Beteiligung von Minderheitenvertretern erstellt.<sup>127</sup> Diese Zahlen und Umstände werden von der Regimepresse verschwiegen, die lieber mit statistischen Tricks versucht, das Bild eines multiethnischen Bildungswesens für Serben, Ungarn, Slowaken, Rumänen und Rusinen von der Grundschule bis zur *fakultet* (Universität) zu vermitteln.<sup>128</sup>

In der Vojvodina existiert eine erstaunliche Fülle politischer Gruppierungen und Parteien, allein sechs ungarische, aber die dominierende Stimmung ist apolitisch – bevor man mit Forderungen für Minderheiten in den Verdacht des *Separatismus* gerät, hält man sich lieber ganz aus der Politik heraus. Dahinter aber formieren sich heimliche Schulterschlüsse mehrfacher Art. Generell befürworten die Ungarn die NATO-Aktion, auch wenn im Zweifel über deren Ausgang sind, zumal "radikale Serben drohen, daß nach einer erfolgreichen Säuberung des Kosovo die Vojvodina folgen könnte".<sup>129</sup> An der Oberfläche ist die Situation freilich ruhig, nachdem gerade die Ungarn eine erste Enttäuschung bereits hinter sich haben; sie hatten gemeint, daß wegen der Nähe Ungarns ihre Region von NATO-Bomben verschont bleiben würde, was bekanntermaßen nicht eintraf. Auch das Belgrader Regime hatte ähnlich spekuliert und darum auffällig viele Truppen in die Vojvodina verlegt, wo sie jetzt demonstrative Präsenz zeigen und gezielt auf junge Ungarn, die sich der Wehrpflicht entziehen, Jagd machen.<sup>130</sup> Darüber hinaus haben die Ungarn ihre frühere Taktik aufgegeben, als einzelne Gruppen mit der Zentralmacht zu verhandeln, und schließen sich jetzt enger mit anderen ungarischen und Minderheitengruppen zusammen.<sup>131</sup> Die Verbindung zum Mutterland jenseits der Grenze ist verständlicherweise erschwert: Als der ungarische Premier Viktor Orbán unlängst erklärte, daß "im gegenwärtigen Konflikt Recht und Gerechtigkeit auf Seiten der (NATO-)Allianz stehen", bezeichnete József Kasza, Vorsitzender des *Verbands*

---

<sup>126</sup> Dragan Ilić: Odbrana slobodnih gradova, in: Republika, 1.-31.3.1999, S. 5.

<sup>127</sup> Jahresbericht 1998 des *Humanitarian Law Center* zur Lage der Menschenrechte in der BR Jugoslawien, Beilage in: *Vreme*, 9.1.1999.

<sup>128</sup> Radoje B. Radulović: Obrazovanje na maternjim jezicima, in: *Dnevnik*, 15.3.1999, S. 10.

<sup>129</sup> Morvay, Mad'arsko... aaO.

<sup>130</sup> Morvay, Mad'arsko... aaO.

<sup>131</sup> Ilić, Odbrana...aaO.

der Ungarn der Vojvodina, diese Äußerung als "unglücklich", da sie ganz direkt auf die Ungarn in der BR YU zurückfallen könnte.<sup>132</sup> Was diese Ungarn im Moment vorrangig interessiert, sind die ungarischen Medien, die auch in bemerkenswerter Fülle und Vielfalt – Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften, Radio, TV etc. – vorhanden waren.<sup>133</sup> Das hat sich verschlechtert, aber die serbische Regierung benutzt bei ihren Berichten alte Zahlen von 1994, als es noch 75 ungarische Blätter gab, die 1998 auf 18 zurückgegangen waren. Unabhängig war von diesen nur die Tageszeitung *Magyar Szó* (Ungarisches Wort), der die Regierung nun die fünfzigprozentige Subvention streichen will. Das heißt, daß die Ungarn der Vojvodina ohne eigene Tageszeitung sein werden – erstmalig seit über 100 Jahren.<sup>134</sup> In einer wenig beneidenswerten Position ist auch das ungarische Radio Novi Sad, das noch vor wenigen Monaten durch seine Frische und souveräne Distanz zum Regime berühmt war. Heute muß es 80 Prozent seines Programms mit Pop-Musik füllen, in der restlichen Zeit den berüchtigten dreifachen Kanon der Regime-Propaganda verlesen: die Schäden durch die "faschistischen Angriffe" der NATO, Äußerungen von Repräsentanten der Belgrader Machtzentrale und Erklärungen internationaler Sympathisanten von Milošević wie des weißrussischen Präsidenten Lukašeno oder des deutschen PDS-Politikers Gregor Gysi. Die ungarischen Redakteure können darauf keinen Einfluß nehmen, denn auch die geringste Abweichung vom vorgeschriebenen Text kostet sie ihren Job.<sup>135</sup>

Eine besonders interessante Gruppe sind die Serben der Vojvodina, die sich schon lange vor 1918, also in den Jahrhunderten ihrer Zugehörigkeit zu Habsburg, als weit patriotischer, demokratischer und kultivierter als die Serben in Serbien empfanden.<sup>136</sup> Die heute in der oppositionellen *Koalition "Vojvodina"* vertretenen und von Dragan Veselinov in der serbischen *Skupština* repräsentierten Vojvodina-Serben sehen sich noch immer so, und von daher rührt ihre Gegnerschaft gegen Milošević:

Wir in der Vojvodina glauben, daß es der beste Weg ist, uns so über eine dezentralisierte Machtteilung territorial vom Regime abzusetzen. Man muß Milošević die Macht vom Zentrum aus nehmen. Wer davon träumt, dieses Regime über dessen Partei zu stürzen, unterliegt einer Illusion. Wer davon träumt, Milošević auf Belgrader Straßen zu stürzen, unterliegt einer Illusion. Wer von spontanen Unruhen der Bauern und Arbeiter träumt, die Milošević stürzen – der Traum ist nicht schlecht, aber sollte es je zu einem solchen Aufstand kommen, dann wird kein heutiger Politiker an seiner Spitze stehen. Es bleibt also nur dieser Weg einer Demokratisierung Serbiens, und das heißt die Einführung eines dezentralisierten Systems.<sup>137</sup>

Man betrachtet sich im "serbischen Athen", in Novi Sad und Umgebung, ganz einfach als serbische Vorhut: "Dieses Gefühl unserer Besonderheit, daß wir das Zentrum des kulturellen Wesens des serbischen Volks sind, hat uns bis heute nicht verlassen, so daß wir uns als

---

<sup>132</sup> Morvay, Mad'arsko... aaO.

<sup>133</sup> Attila Szám (Interview): Ispomešani uzduž i popreko, in: Duga (Belgrad), 11.-24.5.1996, S. 12-14 und 96.

<sup>134</sup> Jan Briza: Ko gasi "Madjar So", in: Vreme, 20.2.1999, S. 28-29.

<sup>135</sup> Morvay, Mad'arsko... aaO.

<sup>136</sup> Hermann Wendel: Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit, Frankfurt M. 1926, passim, S. 525ff.

<sup>137</sup> Dragan Veselinov(Interview): Vojvodanski nacionalizam, in: NIN, 17.12.1998, S. 18-19

verantwortlich für den gesamten Status des serbischen Volks ansehen". Für den Anfang, sagen die Serben der Vojvodina, "verlangen wir Autonomie – wirtschaftliche, kulturelle und schulische Eigenständigkeit. Einen Staat wollen wir nicht". Diese grundsätzliche Ablehnung jeder Sezession – "unsere Vorväter sind schließlich für die Vereinigung mit Serbien gestorben" – unterscheidet diese Serben von den Kosovo-Albanern, denen man sich andererseits aber auch nahe fühlt: "Wir bauen eigene Kräfte für den politischen Umgang mit Belgrad auf. Und zweitens verlangen wir, daß das, was das Kosovo erhält, auch die Vojvodina haben muß". Dabei weiß man sich in der Stoßrichtung gegen das Regime mit nichtserbischen Volksgruppen in der Vojvodina einig: "Auf zu den Wahlen, damit wir es denen zeigen, wie wir hier in der Vojvodina sind. Diese politische Stimmung macht sich bei den Menschen immer mehr breit. Wir sind damit zufrieden".<sup>138</sup>

## 8. Zusammenfassende Schlußbemerkung

Jugoslawiens Präsident Milošević läßt seit Jahren mehrere Konflikte eskalieren und treibt sie im Frühjahr 1999 einer gewaltsamen Lösung zu; im Grunde führt er einen Mehr-Fronten-Krieg – gegen die Albaner im Kosovo, gegen nationale Minderheiten in der Vojvodina und im Sandžak, gegen Montenegro, den Partner in der Föderation, und gegen alle Serben, die er maximaler wirtschaftlicher Not und schwerstem geistigen Druck aussetzt.

Diese "Kriege" haben ihn politisch so in die Ausweglosigkeit manövriert, daß er aus der gegenwärtigen Situation, da seit Ende März 1999 die stärkste Militärallianz der Geschichte ihre Bomber gegen ihn ausschickt, sogar noch den kurzfristigen Gewinn einer politischen Festigung seiner persönlichen Macht zieht. Die von der internationalen Gemeinschaft gegen sein Regime angelegte militärische Zwangsaktion wird von den Menschen als *Aggression gegen Serbien* empfunden und mit einem Loyalitätsschub für den Präsidenten (auch von denen, die ihm grundsätzlich entgegenstehen) beantwortet.

Die *Bundesrepublik Jugoslawien* entstand 1992 ohne ausreichende legale Basis, so daß sie streng genommen nicht existiert. Auch ohne einen solchen "Geburtsfehler" wäre spätestens 1999 fraglich, wie lange dieser Bundesstaat die desintegrierende Politik Miloševićs noch aushalten kann. In *Serbien* bevorzugt sie Macht vor Entwicklung, was zu einem katastrophalen sozioökonomischen Niedergang führte. In *Montenegro* setzt sie Einfluß vor Partnerschaft, was die Kohäsion der beiden föderalen Einheiten in konflikträchtiger Weise belastet. Im *Kosovo* plaziert sie populistische Mythen vor Frieden und machte sich damit die internationale Gemeinschaft zum Feind. In der *Vojvodina* und im *Sandžak* rangiert schließlich ethnisch serbische Dominanz vor Koexistenz, wodurch multiethnische Gemeinschaftstradition (bzw. die Zukunftschance zu dieser) ohne Not und Nutzen gestört wird.

Bei allen diesen Fehlentwicklungen zeigt sich Milošević als treuer Nachfolger altkommunistischer Prinzipien und Methoden, Ethnizität über Demokratie und Volksgruppenrechte über Menschenrechte zu stellen: Der Konflikt mit Montenegro, der Krieg in Kosovo und die Re-

---

<sup>138</sup> Ebd.

pression in der Vojvodina werden politisch-propagandistisch so hingestellt, als wären sie zum Erhalt von Serbiens *Staatlichkeit, Souveränität und Integrität* unvermeidlich und würden nach glücklichem Ausgang ein besseres, stabiles und prosperierendes Serbien entstehen lassen.

Tatsächlich geht es Milošević allein darum, die eigene Machtposition dadurch zu festigen, daß beschworene Feindbilder und provozierte Friktionen die ethnische Kohäsion verstärken. Dabei steigt die Militanz des Regimes, obwohl die strittigen Regionen faktisch längst aufgegeben wurden (Kosovo), und die Belgrader Machthaber ahnen, daß ihr erzielter Positionsgewinn von sehr begrenztem zeitlichen Bestand ist: Was wird aus Milošević, wenn seine jahrelangen Fehler und bewußten Versäumnisse nicht mehr durch die "Aggression" der NATO-"Verbrecher" überdeckt werden?

Neben der staatlichen, regionalen und ethnischen Desintegration der BR YU betreibt Milošević diese in weiteren Feldern: Die Wirtschaftspolitik des Regimes wird seit zehn Jahren von Experten als "Diebstahl" an der Bevölkerung bezeichnet – Inflation, Hyperinflation, "Enteignung" von rund 6,6 Milliarden DM Devisen-Sparguthaben, allgemeine Verarmung, ja Verelendung. Strenge Zensurgesetze bewirken eine Informationsblockade der Öffentlichkeit, die kurzfristig dem Regime nützt, nach erfolgter "Deblockade" der Medien mittelfristig jedoch einen Rückschlag für die Urheber bewirken müßte. Die neue Vergatterung der Hochschulen auf politische Loyalität zum Regime bringt urbane Intellektuellenschichten gegen dieses auf und fördert den seit Jahren spürbaren "brain drain", also die Abwanderung ins Ausland, die Serbien bereits Zehn- und Hunderttausende seiner besten Köpfe gekostet hat. Eine ungeschickte, wiewohl inflationsbedingte Preispolitik des Regimes in der Landwirtschaft – minimale Anhebung der Aufkaufpreise bei Verdoppelung der Kosten für Treibstoffe, Kunstdünger etc. – ist geeignet, ihm über kurz oder lang seine bislang stärkste Stütze, das agrarische Landvolk, zu entfremden.

"Genießt den Krieg, der Frieden wird fürchterlich", sagte man zu NS-Zeiten in Deutschland. Slobodan Milošević und seine Klientel aus Rechts- und Linksextremen dürften am nachhaltigsten spüren, wie zutreffend dieses Diktum sein kann.





**Wolf Oschlies**

## **Slobodan Milosevic's War on Four Fronts**

The Federal Republic of Yugoslavia on the Brink of Disintegration

Bericht des BIOst Nr. 18/1999

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The general concentration on the events in Kosovo, especially since the start of NATO's air attacks on Serb military, supply and communications facilities, has evidently blurred the world's vision for the fact that this trouble-spot is not the only, perhaps not even the most important conflict for Slobodan Milosevic, the President of the Federal Republic of Yugoslavia.

For years, Milosevic has been allowing several different conflicts to escalate and now, in the spring of 1999, he is pushing them towards a violent solution; essentially, he is fighting a war on numerous fronts – against the Albanians in Kosovo, against national minorities in the Vojvodina and the Sanjak, against Montenegro, Serbia's partner in the Federation, and against all Serbs, whom he is subjecting to extreme economic deprivation and utmost intellectual pressure.

These wars have manoeuvred him into such a hopeless political dead-end position that even the present situation, with the largest military alliance in history sending out its bombers against him since the end of March 1999, has even brought him a short-term gain in the form of a temporary political consolidation of his personal power. The people perceive the international community's military coercion of the Belgrade regime as an act of aggression against Serbia and are responding to it with a surge of loyalty for their President (even from those who are fundamentally opposed to him).

#### *Findings*

1. The Federal Republic of Yugoslavia emerged in 1992 without any adequate legal basis so that, strictly speaking, it does not exist under international law. But even without such a "birth defect", it is doubtful, since 1999 at the latest, how long this federation can endure Milosevic's disintegrative policies. In *Serbia*, he puts power before development, which has led to a catastrophic socio-economic decline. In *Montenegro*, he prefers influence to partnership, burdening the cohesion between the two units of federation in a manner that is fraught with conflict. In *Kosovo*, he is giving populist myths priority over peace and has turned the international community against himself. And in the *Vojvodina* and the

*Sanjak*, finally, ethnic Serb domination ranks higher than co-existence, so that the tradition of multi-ethnic community (or the future possibility of one emerging) is being needlessly and uselessly destroyed.

2. In all these aberrations, Milosevic has proved to be a loyal successor to old communist principles and methods of giving ethnicity precedence over democracy and the rights of a specific ethnic group priority over human rights: the conflict with Montenegro, the war in Kosovo and the repression in the Vojvodina are portrayed in the political propaganda as if they were inevitable for the preservation of Serbia's *statehood*, *sovereignty* and *integrity* and would, when happily concluded, allow a better, stable and prosperous Serbia to emerge.
3. In fact, Milosevic's sole purpose is to consolidate his own position of power by conjuring up imaginary enemies and provoking frictions to strengthen Serb ethnic cohesion. In the pursuit of this aim, the regime is becoming more and more militant, even though the disputed regions have in fact long been abandoned (Kosovo) and the wielders of power in Belgrade realise that such political gains as they have made will be of very limited duration: what will become of Milosevic when the errors and deliberate omissions he has committed over many years can no longer be glossed over by the "aggression" of the NATO "criminals"?
4. Besides the structural, regional and ethnic disintegration of the Federal Republic of Yugoslavia, Milosevic is also advancing the breakdown of his country in other fields: the regime's economic policy in the past ten years has been described by experts as "stealing" from the people – inflation, hyper-inflation, "confiscation" of foreign-currency savings to the tune of around DM 6,600 million, widespread impoverishment, indeed pauperisation. Strict censorship laws are imposing an information blockade on the public which in the short term benefits the regime but which in the medium term, when the blockade on the media is lifted, is bound to backfire on its originators. Recent attempts to force the academic world into political loyalty to the regime are provoking resistance on the part of the urban intellectual classes and are fuelling the brain drain, which has been flowing for several years now and has already cost Serbia tens and hundreds of thousands of its best minds. While on the other hand the maladroit agricultural pricing policy with which the regime is responding to inflationary pressures – minuscule increases in producer prices though the cost of fuel, fertilisers, etc. has doubled – is likely sooner or later to alienate those who up to now have been Milosevic's firmest supporters, the rural farming community.